

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin S 14
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes,
Berlin Nr. 121 218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung u. Versandstelle: Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Anzeigen werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

ZUR BEACHTUNG!

Die gesamte Hauptverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes befindet sich nun in Berlin. Es sind daher alle Briefe und Sendungen für den Vorstand, die Kasse, Schriftleitung, Versandstelle usw. zu richten nach

Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148

Sicherheit und Ordnung

Nun sind wir also in der Zeit verfassungswidriger Herrschaft angelangt. Meist ist es ja so, daß der Wortlaut von Gesetzen Raum läßt für allerhand Auslegungskünste. Aber der § 48 der Weimarer Verfassung, wenigstens in dem Punkt, auf den es hier ankommt, macht eine rühmenswerte Ausnahme. Das besagt allein schon der Ausdruck: „Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.“ Der Reichspräsident kann die zu deren „Wiederherstellung“ nötigen Maßnahmen treffen. So steht es im § 48, und das läßt wirklich nicht den geringsten Zweifel übrig, daß Sicherheit und Ordnung bereits gestört sein müssen, wenn der Reichspräsident eingreift; man kann nicht „wiederherstellen“, was noch vorhanden ist. Und auch darüber läßt der Wortlaut keinen Zweifel, daß Finanzvorschriften überhaupt niemals auf den § 48, mit Ausschaltung des Reichstags, gegründet werden dürfen. Man stelle sich vor, daß der Aufruhr bereits tobt, daß „der Hunger durch die Straßen heult“, wie ein Minister sich auszudrücken beliebte — was sollen da Steuererordnungen helfen? Höchstens vielleicht, wenn sie Steuern aufheben oder mildern — und damit kommen wir auf einen sehr heiklen Punkt, wie alsbald zu zeigen ist. Auf keinen Fall jedoch, wenn sie die Belastung der Hungernden vermehren.

Trotzdem hat der Reichspräsident seine Verordnung erlassen, worin — um nur einiges anzuführen — folgende Dinge vorgeschrieben sind: der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird auf 4½ vH des Lohnes erhöht. Dafür werden die Unterstützungen um etwa 100 Millionen Mark verringert. Wenn's nicht auslangt, gibt das Reich nur noch die Hälfte des Fehlbetrags zu. Man kann sich denken, wie das die Hungernden beruhigen wird, wenn sie hören, daß sie in Zukunft weniger Unterstützung kriegen! Bei den Krankenkassen müssen die Versicherten einen Teil der Kosten selbst tragen. Die Gemeinden dürfen die berüchtigte Kopfsteuer und außerdem noch Getränkesteuern erheben. Doch nicht nur Einnahmen, auch wichtige und stark umstrittene Ausgaben werden einfach angeordnet. Vor allem die berüchtigte „Osthilfe“ für die „notleidenden Landwirte“. 100 Millionen Mark werden sofort für die sogenannte „Umschuldung“ zur Verfügung gestellt. Auch die Mansfeld-AG soll auf diese Weise ihre Unterstützung bekommen, weshalb ein bürgerliches Börsenblatt die 100 Millionen grob aber richtig einen „Korruptionsfonds“ nennt.

Um nicht ungerecht zu scheinen, wollen wir nicht verschweigen, daß auch der berühmte Preisabbau — zum Teil wenigstens — mit Hilfe des § 48 kommandiert wird. Gegen die Preistreibeerei der Kartelle sind ebenfalls ein paar Vorschriften erlassen. Die Sache ist nur die: die verordneten Steuern werden ohne Zweifel beigetrieben werden; Mansfeld und „der Osten“ werden ihre Millionen bekommen; die höheren Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden gezahlt, die Unterstützungen gekürzt werden; auch die Arzt- und Arzneikosten werden von den kranken Arbeitern erzwungen werden. Wie es aber mit der Preissenkung, trotz Kommando des Reichspräsidenten, werden wird, davon kann man sich ein Bild machen, wenn man hört, daß erst in diesen Tagen die maßgebenden Unternehmerverbände der Industrie, des Großhandels und des Einzelhandels eine Aussprache hatten, worin sie keck und kühn, und zwar alle in holder Übereinstimmung, behaupteten:

„daß Preissenkungen während des letzten Jahres bereits in erheblich weiterem Maße eingetreten sind, als in der Öffentlichkeit bekannt ist.“

Sie wollen sogar in diesem Sinne eine Berichtigung des amtlichen Lebenshaltungsindex erwirken. Mit anderen Worten: sie wagen zu behaupten, der amtliche Index gebe die Kosten der Lebenshaltung zu — — hoch an, sie sei in Wirklichkeit billiger! Deshalb könne auch von einer weiteren Verbilligung keine Rede sein: „Der weiteren Senkung der Preise wirken die Erhöhungen wesentlicher Unkosten entgegen.“

Und dann kommt das bekannte Lied von zu hohen Frachten, Steuern und Löhnen. Uebrigens wird diesmal auch „die Preisstützungaktion für die Landwirtschaft“ erwähnt, womit allerdings ein Nagel auf den Kopf getroffen ist. Fortwährend geschieht alles Erdenkliche, um die Landesprodukte zu verteuern, und zugleich befiehlt man, daß die Preise sinken sollen.

Nun aber kommt noch eine sehr wichtige Frage. Wenn der Reichspräsident mit seinem § 48 überhaupt in Finanzfragen eingreifen, wenn er Steuern einfach anordnen kann, dann muß er doch ebenso gut auch Steuern erlassen und aufheben können. Das ist keine leere Gehirnübung für Talmudschulen, sondern eine verdammt praktische Frage. Hören wir nicht seit Jahren und mit erneuter Gewalt seit dem Young-Plan den Schrei der Besitzenden nach Steuersenkung? Hat man uns nicht immer und immer wieder die Steuersenkung — natürlich nur für den Besitz — als ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit angepriesen? Werden nicht bis auf den heutigen Tag zu hohe Löhne und zu hohe Steuern von den Unternehmern stets in einem Atem genannt? Und haben nicht — was noch wichtiger ist — die verschiedenen Regierungen den Unternehmern hierin Recht gegeben, nur daß sie die Steuersenkung von wegen des Geldmangels in den Kassen des Reichs noch etwas hinausschieben wollten?

Nun also, wenn durch wachsende Arbeitslosigkeit die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist, wenn

der Reichspräsident deshalb auf Grund des § 48 befugt sein soll, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit einfach vorzuschreiben, wenn er die Steuerentlastung der Besitzenden für eine dazu taugliche Maßregel hält — dann muß er logischerweise das Recht haben, sie zu kommandieren. Davon beißt die Maus keinen Faden ab.

Und wir werden die Probe aufs Exempel sehr bald machen. Ein neckischer Zufall will es, daß eine, wenn auch vorläufig nur kleine Steuerentlastung des Kapitals gegenwärtig ebenso in der Schwebe ist wie der Reichshaushalt. Die Regierung hatte gerade vor der Auflösung eine Verordnung vorbereitet zwecks Aufhebung der Kapitalertragssteuer für fest verzinsliche Wertpapiere. Die konnte nun nicht mehr dem Reichstag vorgelegt werden, und die Kapitalisten haben's damit selbstverständlich sehr eilig. Wird der Reichspräsident sie auf Grund des § 48 verfügen?

Wir werden es bald erfahren, und damit wird sich entscheiden, ob die deutschen Kapitalisten auch für ihre Steuerabwälzungen hinfort den Reichstag auszuschalten gedenken.

I b y k u s.

Siemens baut ab

Ihm folgen die andern Metallindustriellen Berlins

Die Regierung des Bürgerblocks, mit dem Zentrumsmann Dr. Brüning an der Spitze, kam vorzeitig zu Fall, so daß sie nicht die großen Wünsche ihrer Lebens- und Befehlsgelber, der Scharfmacher, erfüllen konnte. Es langte dieser Regierung nur zu der verbindlich erklärten Lohnkürzung von 7½ vH der Hüttenarbeiter und ähnlichen Lieblichkeiten. Wäre der Bürgerblock noch eine Zeit am Ruder geblieben, die Arbeiter hätten noch Schlimmeres zu erdulden gehabt. Zu der Verallgemeinerung der Lohnquetscherei wäre wie 1923 die Verlängerung der Arbeitszeit gekommen. Nun, da den ministeriellen Agenten der Scharfmacher die Möglichkeiten zu noch ärgerer Ausprägung der unteren Schichten genommen ist, nehmen die Herren Scharfmacher die Sache selbst in die Hand. Man vernehme:

Herr von Siemens hat angekündigt, daß in seinen Gesellschaften so schnell wie möglich ein Abbau der Angestellten um mindestens 10 vH vorgenommen werden soll. Das bedeutet, daß in diesen Betrieben allein 700 bis 800 Angestellte aufs Pflaster fliegen werden. Es versteht sich von selbst, daß dies für die anderen Industriellen nur das Signal ist, das gleiche zu üben. In der Tat. Gleich sind auch die AEG, Bergmann, Borsig und die Telefunken usw. mit derselben Absicht gekommen, andere dürften bald folgen. Herr von Siemens will sein Mütchen kühlen. Da die Angestellten sich einer Gehaltskürzung widersetzen, sollen sie abgebaut werden. Mit dieser Ankündigung hofft man, die ganze Angestelltenschaft so müde zu machen, daß sie künftig der Verschlechterung ihrer Bezahlung wortlos zustimmt.

Erstaunt fragt sich die Öffentlichkeit, ob denn die Finanzlage der Großfirmen Berlins eine Kürzung der Angestelltengehälter heische. Betrachten wir nur die Siemensgesellschaft. In ihrem vorjährigen Geschäftsbericht wurde angegeben, daß die 100 500 Arbeiter und Angestellten, die in den deutschen Werken der Gesellschaft beschäftigt sind, 270 Millionen Mark an Lohn bezogen. Auf den Kopf der Belegschaft ergibt sich

danach ein Jahresverdienst von noch nicht 2700 Mark oder ein Monatsverdienst von 220 Mark. Das Siemens-Unternehmen gehört aber zu den rentabelsten Deutschlands. Die Dividende der Siemens & Halske AG konnte im letzten Geschäftsjahr von 12 auf 14 vH, die der Siemens-Schuckert-Werke AG von 9 auf 10 vH heraufgesetzt werden. Der ausgewiesene Reingewinn beider Gesellschaften betrug 35 Millionen Mark. Daß die wirklichen Gewinne mehr als doppelt so hoch sind, beweisen die Angaben im Amerika-Prospekt der Siemens-Anleihe. Der nach amerikanischen Bilanzierungsmethoden berechnete Reingewinn der Siemens u. Halske AG wurde in diesem Bericht mit 8,9 Millionen, der der Siemens-Schuckert AG mit 10,7 Millionen Dollar oder 44,5 vH des Aktienkapitals angegeben. Insgesamt hat also der Siemens-Konzern im Geschäftsjahr 1928/29 nach den Berichtigungen der Amerikaner 19,6 Millionen Dollar oder rund 82 Millionen Mark Reingewinn erzielt.

Ein Unternehmer, der derartig riesenhafte Gewinne erzielt, will nun der Öffentlichkeit vormachen, daß er infolge zu hoher Löhne und Gehälter jetzt bereits teilweise mit Unterbilanz arbeite und entweder zu einem Gehaltsabbau oder zu Massenentlassungen gezwungen sei.

Die Hauptgründe für den Lohn- und Personalabbau bei Siemens sind politischer Natur. Entscheidend ist für Herrn v. Siemens der Wille zur Einschüchterung der Arbeiter- und Angestelltenschaft und hierin geht er konform mit einflussreichen Kräften im Kabinett Brüning: man will die breiten Massen entmutigen. Man will Tatsachen schaffen und zeigen, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften nichts zu sagen haben und daß es also keinen Zweck hat, Sozialdemokraten in den Reichstag zu schicken. Man will den Massen den Glauben an die Sozialdemokratie rauben.

Die Massen werden aber, dessen sind wir sicher, bei den Wahlen auf den Sozialabbau der Regierung Brüning und den Lohn-, Gehalts- und Personalabbau der Unternehmer an d e r s antworten als sich die Scharfmacher träumen lassen.

Erkelenzens Übertritt zur SPD

Und die Hirsch-Dunckerschen Metallarbeiter?

FK. Alle unsere bürgerlichen Parteien zerfallen. Ihre Trümmer suchen sich wieder irgendwie zu vereinigen. Ein Mischmasch von politischen Offizieren ohne Soldaten, kleinen Gernegroßen und halben oder ganzen Reaktionsären, tut sich als Staatspartei zusammen. In diesem wunderlichen Gebilde sucht auch die Deutschdemokratische Partei unterzukommen. Sie erklärt, ihm ihren Wahlapparat zur Verfügung zu stellen. Die Furcht, bei der nächsten Reichstagswahl völlig zu verdunsten, bestimmt diese Partei, heute schon in der Staatspartei zu verdunsten. Wir sind die allerletzten, die das Verschwinden der Demokratischen Partei beklagen. Sie war ja von jeher weder warm noch kalt, weder halb noch ganz, und in den letzten Jahren ist sie bei sozialpolitischen Entscheidungen fast regelmäßig auf die Seite der Reaktion gefallen. Der Niedergang der Geßler-Vereinigung wider andere bürgerlichen Parteien ist nur der Ausdruck der großen wirtschaftlichen und politischen Umschichtung, in der wir mitten drin stehen. Je mehr die Arbeiter-schaft politisch erstarkt, oder je näher sie an die Mehrheit in den Parlamenten heranrückt, desto mehr vergessen die linksbürgerlichen Parteien ihre Ideale und streben dort-hin, wo der Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse skrupellos verfochten wird. Somit ist die Auflösung der Demokratischen Partei nur ein deutlicher Beweis dafür, daß die sozialistische Arbeiterschaft gute Aussicht hat, nächstens politisch wieder einen tüchtigen Schritt vorwärts zu kommen.

Es machen jedoch nicht alle Mitglieder der Demokratischen Partei den Weg nach rechts mit. Ihr Vizepräsident, der Reichstagsabgeordnete Anton Erkelenz zum Beispiel, ist zur Sozialdemokratie übergetreten. In einem

Schreiben an seinen bisherigen Parteivorsitzenden Koch-Weser sagt Erkelenz, daß er der Demokratischen Partei nicht mehr angehören könne, weil sie durch ihr ewiges Schwanken zwischen rechts und links der ehemaligen Nationalliberalen Partei — Fraktion Drehscheibe genannt — gleichkomme, und er könne als wahrer Demokrat sich der neuen Staatspartei nicht anschließen, weil sie den Kampf gegen den „alles überwuchernden Sozialismus“ führen wolle.

Die politische Schwankung Erkelenzens wie deren Gründe brauchten uns als Gewerkschafter nicht zu kümmern. Allein Erkelenz ist nicht nur Politiker, sondern

Aus dem Inhalt

| | Seite |
|---|-------|
| Sicherheit und Ordnung — Siemens baut ab — Erkelenzens Übertritt zur SPD | 249 |
| Abwehrkampf an der Ruhr beendet | 250 |
| Der Einzug in Berlin | 251 |
| Elektrisches Alleuropä — Die Thermosflasche | 252 |
| Sünden der Vergangenenheit | 253 |
| Holland — Erlauschtes beim Arbeitsamt — Arbeitsstreckung oder Entlassung — Vom Vorstand | 254 |
| Antiterrorgesetz in Österreich — Die französische Sozialversicherung | 255 |
| Eine Hundstagskomödie — Vor dem Spruchauschuß eines Arbeitsamts | 256 |

auch Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und insonderheit der Metallarbeiter-Gewerkschaften Hirsch-Dunckerscher Richtung. Welche zahlenmäßige und sonstige Bedeutung man dieser gewerkschaftlichen Richtung auch immer beimessen möge, eins ist gewiß, daß ihr Bestehen nicht zur Stärkung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft beiträgt. Wer praktisch in der Gewerkschaftsbewegung tätig ist, wer die immerwährende Sammlung der kapitalistischen Kräfte sieht, wer bei Verhandlungen mit den Unternehmern Gelegenheit hat, die unselbige Wirkung der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung wahrzunehmen, zu erleiden, der muß nichts schöner wünschen, als daß die Zersplitterung gewerkschaftlicher Kräfte endlich aufhört. Jeder Gewerkschafter, dem es wirklich um die Wohlfahrt der Arbeiterklasse und nicht um die Erhaltung des kapitalistischen Systems zu tun ist, wird seine hehrste Aufgabe darin sehen, den unheilvollen Zustand zu beseitigen.

Wir verraten kein Geheimnis mit der Mitteilung, daß in namhaften Kreisen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schon wiederholt erörtert worden ist, ob nicht eine Vereinigung mit dem Hirsch-Dunckerschen Verband möglich sei. Es wurde dabei auch darauf hingewiesen, daß der Wunsch nach der Vereinigung wahrscheinlich an dem Bestand der Demokratischen Partei ein großes, wenn nicht ausschlaggebendes Hindernis finde. Ob oder in welchem Maße diese Meinung berechtigt ist, läßt sich von unserer Seite nicht bestimmen sagen. Immerhin kann das eine als richtig angenommen werden, daß ein nicht geringer Teil der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschafter Anhänger der Demokratischen Partei waren und aus diesem Grunde schon nicht stark geneigt sein konnten, sich mit der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung oder einem ihrer Verbände zu verschmelzen. Dieses gewiß nicht zu gering zu veranschlagende politische Hindernis ist jedoch durch das Verschwinden der Demokratischen Partei beseitigt. Es müßte jetzt nun, so möchten wir meinen, der Weg zu den freien Gewerkschaften, zu dem DMV eher gefunden werden können. Dies um so eher, als sich ja die gewerkschaftliche Auffassung der beiden Richtungen nicht wesentlich unterscheidet. Wir im DMV wenigstens haben in den letzten Jahren mit den Hirsch-Dunckerschen Kollegen im großen ganzen einträglich zusammengearbeitet; wir wurden von ihnen nur noch durch die Verschiedenheit der Mitgliedsbücher getrennt. Außerdem ist ja ein ziemlicher Teil der Hirsch-Dunckerschen Berufsgenossen ebenfalls sozialistisch gesinnt und auch so politisch organisiert.

Im DMV sind ja auch Zehntausende von gut christlichen Metallarbeitern vereinigt. Aus zahlreichen Schriften wissen wir, daß sie an ihrer religiösen Meinung ebenso festhalten, wie sie mit ihren sozialistischen Schicksalsgenossen in einer Gewerkschaft zusammen-

stehen wollen. Diese Proletarier stehen zwar noch fest zu ihrem Glauben vom Jenseits, aber nicht weniger fest stehen sie zu ihren Berufskollegen, um mit ihnen ein ordentliches Diesseits zu schaffen. Der von teuflischer Hand gesäte Spaltpilz wirkt bei diesen Proletariern nicht. Sie bekräftigen durch die Tat, daß die Arbeiter über ihrer politischen oder religiösen Gesinnung hinweg sich zusammenschließen müssen.

Sollte nun die Mehrheit der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschafter weniger gewerkschaftspraktisch denken als die in den freien Gewerkschaften organisierten christlichen Arbeiter? Wir, die wir die Schwierigkeiten einer Vereinigung selbst bei politisch ganz übereinstimmenden Seiten aus vielfältiger Erfahrung kennen, wissen sehr wohl, daß eine solche Sache der reiflichen Erwägung und des ehrlichen Willens aller Beteiligten bedarf. Wir wissen sehr wohl, daß es nicht leicht ist, daran zu denken, sein eigenes, wenn auch kleines Haus aufzugeben, um in ein neues, wenn auch viel größeres zu ziehen, weil man von ihm noch nicht bestimmt weiß, ob es so wohllich ist wie das alte. Wir wissen sehr wohl, was es heißt, einer Tradition zu entsagen, liebe Gewohnheiten aufzugeben, allerhand Bande zu zerreißen, um einen Uebergang mit allerhand Ungewisheiten zu vollziehen.

Aber trotzdem und alledem sollte der Versuch der Vereinigung ernstlich unternommen werden. Das läßt uns nicht etwa bloß der heillose Wirrwarr in den bürgerlichen Parteilagern oder die Auflösung der Demokratischen Partei sagen. Nein, etwas unendlich Wichtigeres bewegt uns dazu: zu der Vereinigung zwingt die wirtschaftliche Not der gesamten Arbeiterschaft, der freigewerkschaftlichen ebensowohl wie der Hirsch-Dunckerschen und der anderen. Die Not lehrt nicht nur beten, sondern treibt auch dazu, wirklich Nützliches zu unternehmen. Große Dinge werden nun einmal nicht in gerühmten Zeiten vollbracht, sondern in Zeiten des harten Zwanges, der schweren Not. Daß wir in einer Zeit der schweren Not leben, braucht keinem Gewerkschafter dargelegt zu werden. Auch nicht, daß tausend bittere Notwendigkeiten den engsten Zusammenschluß aller Teile der Arbeiterschaft unbedingt gebieten. Wer diese Binsenwahrheit heute noch nicht erkannt haben sollte, der wird sie in aller nächster Zeit, schon im kommenden Winter bestimmt erkennen. Die Arbeiter müssen zusammenhängen, wenn sie nicht einzeln hängen wollen!

Um die Frage des Zusammenhängens, des Zusammenschlusses der freigewerkschaftlichen Metallarbeiter mit den Hirsch-Dunckerschen wenigstens einmal in Fluß zu bringen, sind diese Zeilen geschrieben. Sie sind ein ehrlicher Versuch, die Annäherung mit dem Ziele der völligen Vereinigung zu fördern. Die Metallarbeiter-Zeitung steht offen zur Erörterung dieser Sache.

beleben, den Auftragsbestand erhöhen. Und was ist geschehen? Nichts! Vielmehr ist das eingetretene, was wir bei den Verhandlungen gegen den Lohnabbau anführten; die Kaufkraft der Arbeiterschaft ist um Millionen geschädigt, in den Werkskonsum-Anstalten hat man einen Preisabbau für einzelne Artikel in geringem Ausmaß durchgeführt. Aber sonst hat sich nichts gebessert. Immer noch werden Feierschichten eingelegt, Stilllegungen einzelner Betriebsabteilungen angekündigt und Arbeiter entlassen.

Das wirtschaftliche Elend besteht also nach wie vor weiter. Das wird auch solange nicht besser werden, als nicht die Arbeiterschaft vollkommen organisiert ist und politisch klüger handelt. Das gilt fürs allgemeine. Im besonderen muß die Ruhrarbeiterschaft sich endlich zahlreicher im Deutschen Metallarbeiter-Verband zusammenschließen. Sie ist noch viel zu schwach organisiert und zu zersplittert, um gegen ein Unternehmertum von der Rücksichtslosigkeit der Eisenindustriellen auf einen namhaften Erfolg hoffen zu können. Im weiteren hat sie am 14. September, am Tage der Reichstagswahl, eine Gelegenheit mehr, für die Besserung ihrer Lage zu sorgen. Das kann, das muß sie tun, indem sie für die Sozialdemokratische Partei stimmt.

Der Einzelhandel hat die Preise gesenkt!?

Im „Magazin der Wirtschaft“ (Nr. 29) hat ein Mitinhaber der Warenhausfirma Tietz in Berlin, einen Aufsatz unter der Überschrift: „Der Einzelhandel hat die Preise gesenkt!“ veröffentlicht, und dort eine Anzahl von Preisen seiner Firma aus den Monaten Mai bis Juni 1914 Preisen der gleichen Monate des Jahres 1930 gegenübergestellt. Da diese Preisgegenüberstellung von der Unternehmerpresse für ihre Zwecke verwendet wird, so darf diese Gegenüberstellung nicht un widersprochen bleiben. Das „Magazin der Wirtschaft“ war sich der „Problematik von Preisvergleichen“, wie sie in dem Aufsatz angestellt werden, wohl bewußt! Dieser Vorbehalt ist wohl am Platze, wie gleich gezeigt werden soll. Die Gegenüberstellung des Herrn Tietz hat uns bestimmt, einen Streifzug durch die Geschäfte Berlins zu unternehmen. Wir stellen den Preisen des Herrn Tietz die von uns festgestellten Preise, die allgemeine Gültigkeit haben (in der dritten Spaltenspalte), gegenüber:

| | 1914 M. | 1930 M. | im Wirtschaftstetl M. |
|------------------------------------|------------|------------|--------------------------|
| Kalbsschnitzel | 2,30 | 2,30 | 2,50—3,60 |
| Suppenhühner | 2,10 | 1,05 | 1,20—1,25 |
| Schweizerkäse | 0,78 | 0,80 | 2,— |
| Stachelbeeren | 0,35 | 0,35 | 0,60 |
| Neue Kartoffeln (5 Pfd.) | 0,50 | 0,44 | 0,45 |
| Kabeljau | 0,14 | 0,14 | 0,60 |
| Reis | 0,18—0,23 | 0,19—0,23 | 0,25—0,40 |
| Auszugsmehl (5 Pfd.) | 1,25 | 1,20 | 1,45 |
| Kohlrahi (Mandel) | 0,15 | 0,15 | 0,30 |
| Wirsingkohl | 0,07—0,10 | 0,07—0,10 | 0,15—0,25 |

Wesentliche, für die werktätige Bevölkerung in Frage kommende Ausgaben hat Herr Tietz jedoch nicht angeführt, was wir nachholen:

| | 1914 | jetzt |
|------------------------------------|-----------|-----------|
| Eier | 0,05—0,06 | 0,12—0,15 |
| Butter | 0,90—1,20 | 1,80 |
| Milch (1 Liter) | 0,20 | 0,31—0,32 |
| Amerikanisches Schmalz | 0,40 | 0,70—0,80 |
| Herrensohlen und Flecken | 3,— | 5,00—6,00 |
| Rasieren | 0,10 | 0,30—0,35 |

Wir haben aus der Gegenüberstellung der Preise nur die Preise für Lebensmittel herausgegriffen. Bei den Preisen für Textilien und Haushaltsartikeln ist es nicht viel anders. Es kommt hier im wesentlichen auf die gute Ware an. Wir hatten es für ziemlich leichtfertig, daß Herr Tietz die Preise seiner Firma in die Welt hinausposaunt und damit in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken sucht, als ob es sich um allgemeingültige Durchschnittspreise handele. Von einem allgemeinen Vergleichswert, wie es in dem Aufsatz heißt, kann also nicht gesprochen werden. Daher entfallen auch die weiteren Voraussetzungen, die in dem Aufsatz angeführt werden, nämlich daß der Preisstand der Vorkriegszeit erreicht, zum Teil sogar unterschritten sei.

Im übrigen sei die bescheidene persönliche Anfrage erlaubt: verbraucht Herr Georg Tietz die Waren, von denen er die Preise in dem Aufsatz anführt in seinem eigenen Haushalt?

Rückgang des Schnapsverbrauchs

Die Tagesblätter berichten, daß auch im 3. Vierteljahr 1930 die Entwicklung des Branntweinmonopols sich äußerst ungünstig gestaltet habe. Bei einer Herstellung von 629 000 hl betrug der Absatz nur 465 000 hl. Im 2. Vierteljahr wurden 1 190 000 hl hergestellt, der Absatz betrug nur 476 000 hl. Man klagt, daß die Bestände der Monopolverwaltung mit 1,94 Mill. hl einen neuen Rekord erreicht hätten. Besonders ungünstig sei aber die Entwicklung des Absatzes im einzelnen. Es seien zum regelmäßigen Verkaufspreis nur 79 000 hl abgesetzt worden, gegen 94 700 hl im 2. Vierteljahr und 128 500 hl im 1. Vierteljahr.

Im Betriebsjahr 1930 sind also somit bisher nur 302 000 hl zum regelmäßigen Preis abgesetzt worden gegen 660 000 hl im Betriebsjahr 1929. Ein sehr starker Rückgang. Es wird behauptet, daß das laufende Vierteljahr eine wesentliche Aenderung nicht bringen würde. Die Entwicklung sei um so bedrohlicher für das Monopol, als dieser Spirit zu 600 Mk. je hl abgesetzt werden könnte, während der allgemein ermäßigte Verkaufspreis nur 40 Mk. betrage.

Die ganzen Zahlen bilden für die Allgemeinheit doch ein glänzendes Zeugnis. Man nahm allgemein an, daß in Zeiten steigenden Elends der Schnapsverbrauch sich bedeutend erhöhen würde. Ein altes Sprichwort sagt, „wer Sorgen hat, hat auch Likör“, und im Schnapsgefluß ersticken hunderte Arbeiter ihr Elend. Sicher hat auch die Aufklärung der Jugend die ganzen Jahre hindurch ihre Früchte getragen. Man braucht nicht Abstinenz zu sein, um in dem Rückgang des Schnapsverbrauchs ein erfreuliches Zeichen zu sehen. Nur die Aermsten der Armen nehmen die Zuflucht zum Sorgenbrecher Schnaps, verelenden mit ihren Familien und fallen der Allgemeinheit zur Last. Der Jammer des Branntweinmonopols kann die denkende Arbeiterschaft nur erkennen, denn Schnapsstrinker werden nie zu denkenden Arbeitern erzogen werden können.

Leider ist der Bierverbrauch gestiegen. Die Handelsblätter melden: Der Bierverbrauch hat sich nach vorläufiger Berechnung gegen das Vorjahr um 5,7 v. H. auf 57,65 Mill. hl gehoben. In diesem Jahre entfallen auf den Kopf der Bevölkerung 90 l. v. 85,6 Liter Bier. Die Isteinnahme des Reiches aus der Biersteuer von 411,8 Mill. Mk. bedeutet gegen das Vorjahr eine Steigerung um 3,8 v. H.; einschließlich der Zollerträge (4,1 Mill.) stellten sich die gesamten Bierabgaben 1929/30 auf 415,9 Mill. (i. V. 400,8 Mill.) oder auf 6,50 (i. V. 6,29) Mk. auf den Kopf der Bevölkerung.

Abwehrkampf an der Ruhr beendet

Von Karl Wolf

Der Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen den Lohnabbau in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie kann als beendet angesehen werden, obwohl noch in Düsseldorf die Belegschaft eines Betriebes ausständig ist.

Unsere Organisationsleitung war sich schon vor dem Beginn der eigentlichen Abwehr darüber klar, daß sie infolge verschiedener Umstände und Erschwernisse nicht den Umfang annehmen würde, der einen vollen Erfolg verbürgte. Es ist kein Geheimnis, daß eine große Zahl der Hütten- und Metallarbeiter des Ruhrgebietes trotz aller Mahnungen des DMV immer noch nicht erkannt hat, daß dem stark organisierten und rücksichtslos vorgehenden Unternehmertum eine ebenso starke und disziplinierte Gewerkschaft gegenübergestellt werden muß, um zu dem gewünschten Erfolg zu kommen. Der zweite und sehr wesentliche Faktor in der Bewegung war der offene Verrat des christlichen Metallarbeiter-Verbandes. Wenn dieses harte Wort je einmal angebracht war, dann hier. Die Bezirksleitung und der Vorstand des christlichen Metallarbeiter-Verbandes bemühen sich immer noch bis in die kleinsten Winkel des Reiches, in Flugschriften und den Zentrumsblättern, ja selbst in Missionenstunden, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband die Schuld an dem Lohnabbau zuzuschreiben. Die von mir gegen den Bezirksleiter Burgartz erhobene Behauptung und Beweis, daß er den Arbeitgebern den Lohnabbau angeboten habe, beantwortet er wohlweislich nicht. Er legt diese Tatsache auch seinen eigenen Funktionären gegenüber. Infolge dieser Handlung mußte der christliche Metallarbeiter-Verband seinen Mitgliedern die Weisung geben, sich nicht bis zum letzten Mittel der Arbeitsverweigerung gegen das Diktat der Industriellen zu wehren. Nicht überall ist dieser Parole von den christlich organisierten Arbeitern Folge geleistet worden.

Dazu kam als dritter, sehr einschneidender Faktor die große Arbeitslosigkeit. Seit Wochen und Monaten hat fast die gesamte Arbeiterschaft unter Feierschichten zu leiden. Tausende von Arbeitern waren entlassen. Der Kampf um den Arbeitsplatz, besonders von den Unorganisierten, spielte eine erhebliche Rolle. Und doch: trotz allem diesem Widerstände haben sich 22 800 Arbeiter an der Abwehr beteiligt. Das ist hoch zu bewerten, zeigt aber auch, wie sehr die Erregung unter der Arbeiterschaft gestiegen ist. Ihr ist ein Ansehensverlust mit furchtbaren Folgen für sie zuzufügen. Der Kampf ist auch nicht unsonst gewesen.

Zahlenmäßig in Mark, läßt sich natürlich noch nicht feststellen, zu wieviel durch den Kampf der Lohnabbau aufgehalten worden ist. In nachfolgenden geben wir eine Übersicht über Beteiligung an der Abwehr und unter welchen Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen wurde:

In Bochum ist es gelungen, in 4 Betrieben mit 975 Arbeitern den Abzug, der im einzelnen von 6 bis 28 v. H. variiert war, ohne Ausstand auf 2 bis 10 v. H. herabzudrücken. Ausständig waren im Bereich dieser Verwaltung außerdem 1200 Arbeiter. Für den Bochumer Verein wird weiter verhandelt. In Dortmund-

Hörde war der Widerstand sehr schwach; in einem Betrieb mit 299 Arbeitern wurde der Abzug von 7 1/2 auf 5 1/2 v. H. herabgedrückt. In Düsseldorf waren in 17 Betrieben mit 10 463 Beschäftigten 3960 im Ausstand. In allen Betrieben, mit Ausnahme der Vereinigten Stahlwerke, wo die KPD 900 Mann von 3140 auf die Strafe geholt hatte, ist der Abzug auch wesentlich zurückgedrängt worden. Er betrug vor der Abwehr bis zu 15 v. H. nachher 2 bis 6 v. H.

In Duisburg-Hamborn waren am 1. Juli etwa 200 bis 250 Mann ausständig, die ohne Ergebnis die Arbeit wieder aufgenommen haben. In Essen waren in 3 Betrieben mit 700 Arbeitern und einigen Abteilungen der Firma Krupp mit 4580 Leuten 3007 Arbeiter ausständig. Für einen der erstgenannten Betriebe gelang es, für 80 Arbeiter den Abzug von 7 1/2 auf 5 bis 6 v. H. zu vermindern. Bei Krupp soll über die Härten verhandelt werden. In Hattingen ist es der Belegschaft gelungen, in einigen Betrieben, so bei der Henrich-Hütte mit 2800 Arbeitern, den Abzug von 7 1/2 auf 5,4 v. H. in einem anderen Betrieb mit 280 Arbeitern von 7 1/2 auf 4 v. H. in einem weiteren Betrieb mit 220 Arbeitern von 7 1/2 auf 2 1/2 v. H. zurückzudrängen. In einem anderen Betrieb waren 200 Arbeiter ausständig. Ueber Härten soll, nachdem die Arbeit aufgenommen ist, weiter verhandelt werden. In Gelsenkirchen waren in 3 Betrieben mit rund 10 000 Beschäftigten 4148 ausständig. Es gelang jedoch nur für 2000, den Abzug um 1 v. H. und für 198 von 12 auf 5 v. H. herabzudrücken.

Das Gesamtergebnis ist: für 16 897 Arbeiter wurde eine Verminderung des geplanten Abzuges erreicht. Die Tatsache jedoch, daß 22 800 Arbeiter im Abwehrkampf gestanden haben, kennzeichnet die gewaltigen Widerstände und die Hartnäckigkeit des Kampfes.

Die kommunistische Gewerkschaftsopposition (RGO) verkündete täglich in ihrer Presse von ihren Riesenerfolgen: sie erklärte der Öffentlichkeit, daß sie eigentlich den Kampf leite. Dazu einige Bemerkungen: Obwohl sogenannte Stoßtrupps und meist von Frauen Erwerbsloser gebildete Sprechchöre sich vor einzelnen Betrieben aufstellten und durch Geschrei alle Arbeiter, ob ihnen ein Lohnabbau angekündigt war oder nicht, von der Arbeit abhalten versuchten, gelang das der RGO nur in drei Betrieben. In Bochum hat ein Unternehmer seinen Betrieb kurzerhand geschlossen, in zwei anderen Betrieben, davon einer in Gelsenkirchen und der andere in Düsseldorf, wurde schon nach zwei Tagen die Arbeit ohne jede Verminderung des Abzuges wieder aufgenommen. Besonders abgerichtete Abgesandte von der KPD versuchten in den Belegschaftsversammlungen ihren üblichen Schmus gegen die Gewerkschaftsfunktionäre abzulegen. Sie wurden ausnahmslos von der Belegschaft entweder aus den Versammlungen entfernt oder mit Heiterkeit gelacht.

Zwei Monate sind seit der Fällung des Obergerichtlichen Schiedsspruches mit der nachfolgenden Verbindlichkeitsklärung durch den Arbeitsminister Stegerwald ins Land gegangen. Um 2 1/2 bis 5 v. H. sind die Eisenpreise gesenkt worden. Diese Maßnahme sollte die Wirtschaft

Der Einzug in Berlin

F. K. Im Leben kommt es gewöhnlich anders als man denkt. Die Richtigkeit dieses Wortes wurde beim Umzug der Hauptverwaltung nach Berlin aufs neue bestätigt. Er ist ziemlich anders vor sich gegangen als die meisten der Beteiligten sich ihn wohl vorgestellt haben. Sie mögen sich ihn als ein einmaliges und daher eindrucksvolles Geschehnis gedacht haben, und zwar derart, daß eines Tages ein paar Sonderzüge bereitstünden, in die das gesamte lebende und tote Inventar des Hauptbüros und das der Angestellten verstaubt und nach Berlin gebracht werden würde. Von dessen Stadtverwaltung wurde zum mindesten angenommen, daß sie ihre Freude über den Zuwachs von so illustren Bürgern, wie es Angestellte des DMV zweifellos sind, dadurch Ausdruck geben würde, daß sie für den Empfang eine Musikkapelle oder doch eine Hundertschaft von Polizeiern oder Feuerwehrlern zum Bahnhof beordern. Keine von diesen Erwartungen hat sich erfüllt, besonders nicht die von dem Empfang durch die Stadtverwaltung Berlins. Das ist ihr übel vermerkt worden. Wie leicht hätte sie bei ihren neuen Bürgern einen Stein im Brett haben können. In dem Verhältnis zur Obrigkeit hört sich bei den Bürgern des demokratischen Musterländchens die Gemütlichkeit auf. Sie verlangen von der Oberherrschaft, daß sie die Einwohner, und selbst wenn sie Preußen sind, anständig und taktvoll behandelt. Wo dies nicht der Fall ist, werden sie saumäßig grob und vergelten Gleiches mit Gleichem. Somit hat es sich die Stadtverwaltung Berlins selbst zuzuschreiben, wenn sich ihr gegenüber der neuen Bürger Gemütlichkeit als fernöstliche Ranzigkeit entläßt. Auch aus dem Umzug als einmaliges, als eindrucksvolles Geschehnis und aus den Sonderzügen ist es nichts geworden. Die Schwaben wären auch einmal gerne so wie das Gefolge von Hagenbeck durch ganz Deutschland gefahren. Statt dessen mußten sie es wie gewöhnliche Europäer tun, ohne irgendwelche besondere Beachtung zu finden. Die Angestellten des Hauptbüros reisten einzeln oder handvollweise, sein anderes Inventar in homöopathische Dosen. Am 28. Juli sollte im ganzen Büro Schluß gemacht werden, um drei Tage später das Haus vollständig leer zu haben.

Der Vorstand hatte, sein Verständnis für denkwürdige Gelegenheiten zeigend, zur Würdigung des großen Schlußtages noch einmal eine Sitzung, die letzte von unzähligen, nach Stuttgart ins Verbandshaus einberufen, obwohl es schon fast ganz leer ist und es drinnen unheimlich hohl klingt. Der Vorsitzende dieser verbandsgeschichtlichen Sitzung würdigte ihre Bedeutung in einer Weise, die lange in der Erinnerung aller Beteiligten haften dürfte.

Von den Beamten des Hauptbüros waren ja längst schon einige mehr oder weniger dauernd in Berlin. Der Vorsitzende Alwin Brandes zum Beispiel, der ja außer seinen Vorstandsgeschäften auch noch vom Wahlkreis Dortmund den in diesen bewegten Zeiten nicht ganz einfachen Auftrag hatte, für die deutsche Gesetzgebung zu sorgen, ist schon über ein halbes Jahr in Berlin, um als Mitglied der Baukommission bei der Hand zu sein. Und der Kassierer Karl Schott gondelt seit langer Zeit zwischen der deutschen und der schwäbischen Hauptstadt hin und her, um in dieser die Verlagsgeschäfte zu erledigen und um in der andern die nicht alltäglichen Vergnüglichkeiten zu genießen, die ein großer Neubau, besonders, wenn er von einer Gewerkschaft errichtet wird, mit sich bringt.

Der große Rest der Angestellten, von den paar Aufräumern abgesehen, hatte sich am Morgen des 28. Juli berlinwärts auf die Strümpfe gemacht, das Einpacken und Verfrachten ihres eigenen Hausrates ihren Frauen überlassend. Auf diese Weise ergatterten sie etliche Tage Freiheit, die für die Sondierung der Berliner Höhen- und Tiefenlagen trefflich zustatten kommen konnten. Unter den Angestellten sind natürlich auch echte Schwaben, die Berlin noch nie gesehen, dafür aber um so mehr von ihm gehört hatten, freilich nicht viel Günstiges. So sollen in Berlin alle Bahnhofswände voller Steck-

briefe sein nach Mördern und Taschendieben, auch billige Pelzmäntel soll es dort geben. Eine dermaßen verlockend geschilderte Stadt reizt verständlicherweise die schwäbische Neugierde. Noch weit vor Berlin ist sie wach. Mangels etwas Besseren übt sie sich an der Landschaft. Sie kommt zu dem Schluß, daß es hier oben keine Berge gibt, ja noch nicht einmal Wasserfällchen, wie es fast jedes Schwarzwaldldörfchen vorführen kann. Das ist natürlich eine sehr eintönige, eine saumäßig langweilige Landschaft. Und diese Meinung wird nicht gemildert durch die verschiedenen Erderhebungen, die von wirklich eingeborenen Berlinern, die es tatsächlich noch gibt, den Schwaben als die Voralpen vorgeführt werden.

Schon bei der Betrachtung dieser Landschaft überkommt dem Schwaben ein seltsames Gefühl, so etwas wie Heimweh. Er beginnt zu ahnen, daß er sich in dieser tal- und berglosen Welt womöglich gar nicht einzufühlen, nicht warm zu werden vermag. Kurz, daß es ihm so gehen kann, wie bekannten Norddeutschen in Stuttgart, die dort ja auch lange nicht, nein nie warm zu werden vermochten. Und wenn solche bangen Gefühle kernfesten schwä-

schlängelten, wußten sie, daß nur der prächtige Bau vor ihnen das gesuchte Haus sein kann. So war es in der Tat. Gebannt schauten die Schwaben an der gläsernen Vorderfront zur Zinne hinauf, dann reckten sie die Arme in die Höhe, um sich gegenseitig auf seltsame Einzelheiten aufmerksam zu machen. Schließlich schritten sie rechts und links die Hausseiten ab und zählten die Fenster, um an deren Zahl die Länge des Gebäudes zu ermessen. Die Gesichter wurden immer zufriedener. So groß, dermaßen mächtig und eindrucksvoll mußte nach ihrer Meinung der Sitz der größten Gewerkschaft der Welt, Das Eiserne Haus sein.

Zwar scheint es noch nicht ganz fertig; doch weisen viele Zeichen darauf hin, daß bienenmäßig geschafft wird. Auch die Straße zur Linken, die Straße Am Eisernen Haus ist noch nicht durchbrochen, ist noch Sackgasse. Allein, in den drei Wochen bis zum Verbandstage wird sicherlich alles längst vollendet sein. Im Innern des Hauses sind schon Arbeitsräume genug fertig zur Weiterführung der Verwaltungsgeschäfte des Verbandes. Dort staunt man über die weiten Arbeitsräume, die lichten Gänge, die sauber ausgestatteten Konferenzzimmer und vor allem über die äußerst neuzeitliche Druckerei, über die vor allem die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung sich mikadamäßig freut.

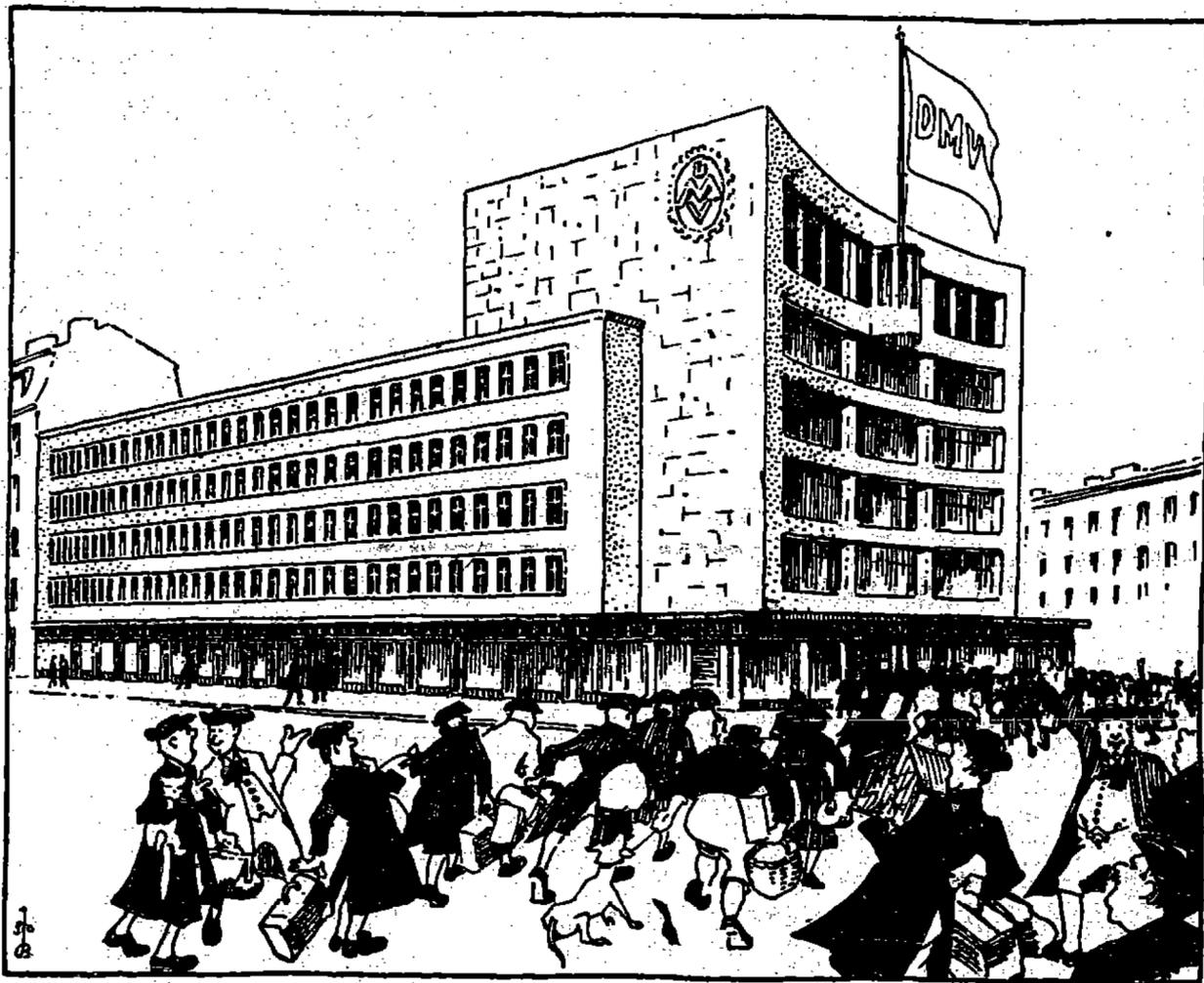
Bei der Musterung des Hauses von außen und innen wird es den Schwaben wohler ums Herz. Für die kleinen Annehmlichkeiten der Heimat haben sie eine große Annehmlichkeit, eine herrliche Wirkungsstätte eingetauscht. Ein Tausch, der das Heimweh vermindert und die Schaffensfreude erhöht. Nicht nur das. Weit mehr als die Angestellten haben die Verbandsmitglieder, ja die ganze Metallarbeiterschaft einen guten Tausch, einen beträchtlichen Gewinn gemacht. Für die altmodische Rötburg in Stuttgart haben sie ein neuzeitliches Heim, eine viel festere Burg im Mittelpunkt des deutschen Geschehens bekommen. Bei ihrer Errichtung half die Erkenntnis mit, daß für die Metallarbeiterschaft, also für den Beruf, der die größte Aussicht auf Mehrung seiner Zahl und seines wirtschaftlichen Gewichts hat, nur das Allerbeste gut genug ist.

Daß der Sitz einer Arbeitergruppe mit solch verheißungsvoller Zukunft so sein muß, um auch künftigen Geschlechtern noch Raum und Schutz und Schirm bieten zu können.

Das meinten die Entwerfer und Erbauer des neuen Verbandshauses. Ob ihnen der Wurf geglückt ist, wird die Metallarbeiterschaft, die heutige wie die kommende, zu beurteilen haben. Und sie wird auch zu ermessen vermögen, ob Das Eiserne Haus eine frische Macht- und Kraftquelle für die ganze nach Freiheit und Lebensglück ringende Arbeiterklasse sein wird.

Die Folgen der Lohnsenkung

In einer aufschlußreichen Arbeit im Juliheft der Neuen Blätter für den Sozialismus macht Professor Adolf Löwe treffende Bemerkungen über die Nachteile der allgemeinen Lohnsenkung für Betriebe, die die Rationalisierung durchgeführt haben. Je stärker ein Betrieb seine Kapitalausrüstung verbessert und je mehr zu diesem Zweck sich verschuldet hat, um so mehr muß ihm daran liegen, daß ihn nicht durch eine Senkung der Löhne seine rückständigen Konkurrenten, bei welchen der Lohnanteil höher ist, im Wettbewerb plötzlich überflügeln. Die allgemeine Lohnsenkung kommt keineswegs allen Unternehmern in gleicher Weise zugute, sondern begünstigt den Rückständigen zu Lasten der Fortschrittlichen und hebt zu allen sonstigen Krisenverlusten hinzu auch noch die Rentabilität der Kapitalanlagen in den letzten Jahren wieder auf. Daß sich angesichts dieses Umstandes unter dem Schlächtruf des Lohnabbaus eine einheitliche Front der Unternehmer bilden konnte, läßt sich, schreibt Prof. Löwe, nur durch die sozial- und machtpolitischen Interessen erklären, die sich außerhalb aller wirtschaftlichen Erwägungen an das Lohnproblem knüpfen.



Mit Sack und Pack zogen die Schwaben zum neuen Haus

bischen Männern aufsteigen, wie erst ihren Frauen? Eintönige Landschaft heißt städtisches Häusergestrüpp mit unterhaltsamen Menschen herbeiwünschen. Die Erfüllung dieses Wunsches ließ diesmal nicht mehr lange auf sich warten. Es raste der Zug, er wollte seine Meilen haben. So kam denn auch Berlin schließlich heran. Endlich in dem neuen, dem dauernden Aufenthaltsort, an der künftigen Arbeitsstätte! Der erste Eindruck von den Eingeborenen nicht gerade übel. Nur rennen sie etwas arg, als ob sie sich auf der Straße zu Schnellläufern ausbilden wollten. Abgesehen von dieser Unmanierlichkeit ganz manierlich. Geben selbst Leuten aus der Provinz richtig Auskunft, wenn sie dazu imstande sind. Sprechen sogar hochdeutsch, nein noch höher. Es scheint, das lehrt schon die kurze Berührung, ihnen zu gehen wie der Maria Stuart, die bekanntlich besser war als ihr Ruf.

Doch mit derartigen Betrachtungen darf man sich jetzt nicht aufhalten, wo es gilt, das neue Verbandshaus zu suchen. Damit ist den Angestellten in Stuttgart lange schon der Mund wässrig gemacht worden. Nun heißt es, sich zu überzeugen, ob da nicht übertrieben worden ist. Die Ermüdung von der zwölfstündigen Bahnfahrt kann die Schwaben nicht abhalten, noch nach der Alten Jakobstraße zu pilgern, um das neue Verbandshaus zu schauen und zu beurteilen. Der Gedanke, daß sie es nicht finden oder es mit einem benachbarten Hause verwechseln könnten, kommt ihnen gar nicht. Denn es ist ihnen selbstverständlich, daß sie ihr Haus, das Haus der deutschen Metallarbeiter, unter Hunderten herauszufinden vermögen, weil sie sich bewußt sind, daß dieses Haus etwas Besonderes, etwas Außergewöhnliches, etwas sein muß, was Auge und Seele gefangen nimmt und festhält. Sie haben sich nicht getäuscht. Als sie um die Ecke der Gitschiner Straße



Technik und Werkstatt



Elektrisches Alleuropa

Der Generaldirektor Dr. Oliven hat auf der Weltkraftkonferenz einen kühnen Plan entworfen. Es handelt sich um die Internationalisierung der Elektrizitätsversorgung. Ein einziges Kraftnetz soll wie ein Spinnennetz ganz Europa überziehen; von Rom bis Oslo, von Calais bis Elbasan in Albanien, von Lissabon bis Rostow am Don sollen die Hochspannungsdrähte führen. Die Wasserkraft der Alpen und der übrigen europäischen Gebirge, die Energiequellen der deutschen, französischen, belgischen, polnischen, russischen Kohle, des rumänischen und galizischen Erdöls, sowie die heute bestehenden Kraftwerke aller Art sollen den Strom für dieses riesige Energiesystem liefern, das über Fernleitungen von zehntausend Kilometern Gesamtlänge mit einer Übertragungsspannung von vierhunderttausend Volt unseren Erdteil bis in seine hintersten Winkel mit Licht und Kraft versorgen würde.

Dafür, daß dieser großartige Entwurf durchaus möglich ist und außerordentlich wirtschaftliche Vorteile bietet, bürgt der Name seines Vaters. Wenn sich Güteraustausch und Personenverkehr in Europa seit Jahrzehnten reibungslos vollziehen, wenn sich durch Post, Telephon, Telegraph und Radio eine geistige und wirtschaftliche Verbindung zwischen den einzelnen Staaten und Kontinenten erreichen ließ, muß sich auch, so folgert Oliven, ein internationaler „Stromverkehr“ organisieren lassen, bei dem der finanzielle Vorteil der beteiligten Staaten ebenfalls durch Verrechnungssysteme gewahrt werden könnte. Die technischen Schwierigkeiten des Projekts erklärt Oliven für gelöst; die wirtschaftlichen Vorteile legt er folgendermaßen dar: zunächst würde ein Ausgleich in Stromerzeugung und Stromverbrauch zwischen den europäischen Ländern erreicht, über dessen ausschlaggebende wirtschaftliche Bedeutung sich jedes weitere Wort erübrigt. Die vorhandenen Kraftwerke würden bei verringertem Baukapital ganz erheblich besser als bisher ausgenutzt werden, indem man die Wasserkraftspeicher zu richtiger Zeit und an richtiger Stelle ausnutzen und durch das internationale Verteilungsnetz an den gegebenen Orten zur Leistung bringen könnte. Hinzukäme, daß die Wärmekraftwerke, die in das System eingegliedert würden, für wirtschaftlich günstige Stromerzeugung durch richtige Lastenverteilung eingestellt werden könnten. Das europäische Kraftnetz würde es erlauben, die bereits erschlossenen, aber nicht voll benutzten Kraftquellen ganz auszuwerten, und die noch brachliegenden Kraftquellen zu erfassen. So könnten in abschbarer Zeit allein an Wasserkraft fünf Millionen Kilowatt nutzbar gemacht werden.

Ein weiterer wichtiger Vorteil des Projektes liegt, so fährt Oliven fort, in der „Abflachung der Spitzen“ durch Ausnutzung der astronomischen Zeitunterschiede. Diese Spitzen — z. B. das plötzliche Anschwellen des Stromverbrauchs bei Eintritt der Dunkelheit — bilden ein großes Hindernis für den wirtschaftlichen Betrieb der Elektrizitätswerke, die auf eine Höchstleistung ein-

gestellt bleiben müssen, die nur wenige Stunden täglich beansprucht wird. Die Spitzen Berlins beispielsweise drücken die Jahresbenutzungsdauer der Höchstlast auf nur 3140 Stunden herunter; und so ist die große Wichtigkeit ihrer „Abfangung“ durch intereuropäische Stromverteilung augenfällig. Der Zeitunterschied zwischen Rostow und Lissabon, dem westlichsten und östlichsten Endpunkten des Netzes, beträgt drei Stunden und zehn Minuten; mehr als genug, um die sogenannte Tagesspitze irgendeiner angeschlossenen Großstadt völlig zur Verflachung zu bringen.

Und während die Tagesspitzen von Westen und Osten her abgefangen werden könnten, wäre auch ein Ausgleich der „Winterspitze“, des Mehrverbrauchs an Strom in der kalten und dunklen Jahreszeit, durch Verschiebung des Lichtstroms von Süden nach Norden möglich, da in den südlichen Breiten die Spitze viel später als im Norden eintritt. Schließlich würde das europäische Kraftnetz die Elektrifizierung der Eisenbahnen ermöglichen, die erst dann durchgeführt werden kann, wenn auch die Länder ohne eigene Energiequellen über billigen Strom verfügen. Der verbilligte Güter- und Menschentransport eines ganzen Erdteils müßte dann als ein wichtiger Ausgleichsposten für die Benützung der Kraftwerke zu verbuchen sein.

Zwei Milliarden Mark sollen die Baukosten für das Riesenunternehmen betragen; hundert Milliarden Kilowattstunden würden zu einem Preise von etwa anderthalb Pfennigen dem Verbrauch zugeführt werden können.

Demnach liegt die ungeheure Tragweite des Planes auf der Hand, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht. Denn wenn der Zusammenschluß Europas jemals Tatsache werden sollte, so kann er nur auf dem Wege über die Wirtschaft erfolgen, und Olivens Projekt ist wie kein anderes geeignet, den Völkern die Vorteile weitest gehender Annäherung vor Augen zu führen.

Aber leider stellen sich dem Projekt gerade in politischer Hinsicht nahezu unüberwindliche Hindernisse entgegen. Im Kriegsfall wäre jeder Staat in dem dem feindlichen Nachbar je nach der geographischen Lage ganz oder teilweise die Energiezufuhr zu unterbinden, also Licht und Kraft zu nehmen. Weiter: eine Revolution, ja ein Streik in einem der angeschlossenen Staaten könnte die Stromversorgung Europas in Frage stellen; und besonders in den Ländern, die keine eigenen Kraftquellen besitzen, würde die Hauptader des Netzes, die den Strom vom Auslande bringt, einen äußerst verwundbaren Angriffspunkt für äußere und innere Feinde darstellen.

Demzufolge ist es kaum vorstellbar, daß die mehr oder weniger schwankenden Regierungen des heutigen Europa ein internationales Kraftnetz genehmigten. Vorbedingung für dessen Durchführung ist ein innen und außen auf ewige Zeiten befriedetes Europa — und davon sind wir heute mehr als je zuvor entfernt.

einer Thermosflasche ist, so gut gegen die Wärme abgedichtet; und wenn man die Wandstärke abschätzt, so findet man einen noch viel kleineren Wert, als man angenommen hat. Die wärmedichte Packung mit dem „Nichts“ des luftleeren Raumes ist sehr dünn und mit den mächtigen Packungen von Dampfrohren oder Kochkisten nicht zu vergleichen. Auf die Dicke dieser geheimnisvollen Packung kommt es nämlich gar nicht an! Eine Stoffpackung bietet einen um so besseren Wärmeschutz je stärker sie ist; eine Vakuumpackung, d. h. der Schutz durch eine luftleere Hülle, ist von der Stärke fast ganz unabhängig. Denn es ist doch so, daß der luftleere Raum die Wärme überhaupt nicht leitet; ob er nun breit oder dünn ist. Das macht nichts aus, denn weniger als gar nicht kann die Wärme nicht abgeleitet werden.

Es ist schade, daß sich die Vakuumpackung nicht allgemein technisch verwenden läßt. Könnte man Dampfrohren solchen Wärmeschutz geben, so hätte man in Dampfleitungen überhaupt keine Wärmeverluste mehr. Es gibt aber keinen wirtschaftlichen Weg, den Vakuumschutz auf die Weise zu gewaltiger, technischer Bedeutung zu bringen. Wir begnügen uns also mit der Thermosflasche, die uns nun kein physikalisches Rätsel mehr ist!

Eine Siedlung ohne Gas

Trotz aller Maßnahmen, den Betrieb der elektrischen Koch- und Badeeinrichtungen zu verbilligen, ist es bisher nicht gelungen, die Elektrizität als Wärmeerzeugerin im Haushalt zu einer ersten Konkurrentin des Gases zu machen. Um so mehr Beachtung verdient ein neuer 2½-Zimmer-Wohnhausblock der Gemeinnützigen Bau-A.-G., Oberschöneweide, bei dem es erstmalig gelungen ist, unter völliger Ausschaltung des Gases die Wärmeversorgung von Küche und Badezimmer durch elektrische Energie vorzunehmen. Möglich wurde dies insbesondere dadurch, daß man in dieser Siedlung nicht auf den gewöhnlichen Niederspannungsstrom angewiesen war, der in Berlin einschließlich der Leistungsgebühr etwa 24 Pf. die Kilowattstunde kostet, sondern Hochspannungsstrom beziehen konnte, der bei Mindestbedarf von 30 Kilowatt abgegeben wird und die Kilowattstunde nur 8 bis 9 Pf. kostet, auf welchen Preis für die Nachtstunden noch eine Ermäßigung eintritt.

Natürgemäß erscheint auch dieser Preis im Vergleich mit Kohlen- und Gaspreisen noch etwas hoch, wenn man berücksichtigt, daß der Durchschnittspreis für 1 cbm Gas 16, für 1 kg Kohle nur 3 bis 4 Pf. beträgt, was für 1000 Wärmeinheiten bei Gas etwa 4, bei Kohle 0,7 Pf. entspricht, während bei einem normalen Durchschnittspreis von 10 Pf. die Kilowattstunde sich für den elektrischen Strom 12 Pf. pro 1000 Wärmeinheiten ergeben. Abgesehen davon, daß ja im vorliegenden Fall der Durchschnittspreis von 10 Pf. die Kilowattstunde bei weitem nicht erreicht wird, verändert sich das Bild auch sehr zugunsten der Elektrizität, wenn man den Wirkungsgrad berücksichtigt, der ja gegenüber dem Gas und besonders gegenüber der Kohlenfeuerung sehr viel günstiger zu bezeichnen ist.

Was nun den Stromverbrauch in den einzelnen Wohnungen betrifft, so hat sich gezeigt, daß er im allgemeinen wesentlich hinter dem an Hand der Vorberechnung angenommenen Verbrauch zurückblieb. Während man nämlich mit einem Durchschnittsverbrauch von 300 Kilowattstunden im Monat rechnete, betrug er in Wirklichkeit nur 210 bis 250 Kilowattstunden, welche Zahlen sich wahrscheinlich noch senken werden, wenn die Hausfrauen sich an die Eigenart der elektrischen Heizeinrichtungen gewöhnt haben werden und die Geräte infolgedessen wirtschaftlicher zu handhaben verstehen.

Wie niedrig die genannten Verbrauchszahlen sind, erkennt man am besten bei Betrachtung der elektrischen Küchen- und Badestubeneinrichtung, die gegenüber den gas- und kohlenbeheizten Geräten neben Sauberkeit, Sicherheit und Geruchlosigkeit noch mancherlei praktische Vorteile mit sich bringen. Es handelt sich um folgende, durchweg von der AEG. gelieferte Apparate: In der Küche wurden ein Dreistellenkochherd mit zwei Heizplatten von 180 und einer von 220 mm Durchmesser, die eine dreifache Regelbarkeit besitzen, eine Bratöhre „Carnifex“ mit einem Bratraum von 205x200x440 Millimeter sowie ein Heißwasserspeicher mit 25-Liter Nutzinhalt eingebaut. Im Badezimmer ist neben dem großen Überlaufspeicher mit 80 Liter Nutzinhalt noch eine an der Decke befestigte Strahlsonne vorgesehen, die den Körper nach Verlassen des Bades vor schädlichem Temperaturwechsel zu schützen hat, da bekanntlich ein gut gebauter Speicher keinerlei Wärme entweichen läßt und infolgedessen an den Raum keine Wärme abgibt. G. Hth.

Die Löffler-Lokomotive mit 120 Atmosphären Betriebsdruck

Gelegentlich der Weltkraftkonferenz war in Berlin eine kleine Ausstellung neuzeitlicher Lokomotiven veranstaltet worden, auf der auch die Löffler-Lokomotive zu sehen war, die die Maschinenfabrik Schwartzkopf kürzlich im Auftrag der Reichsbahn erstellte. Es handelt sich um eine Schnellzugmaschine für 2500 PS Leistung, die mit einem Löfflerschen Hochdruckkessel für 120 Atmosphären ausgerüstet ist und im Überhitzer eine Dampftemperatur von 480 Grad aufweist. Vorversuche mit dieser Bauart zeigten, daß bei Verwendung derart hochgespannten Dampfes Ersparnisse an Wasser und Kohle von mindestens 40 Proz. zu erzielen sind gegenüber den besten bisher im Betriebe befindlichen Niederdrucklokomotiven mit 14 bis 16 Atmosphären. Dies bedeutet zunächst eine beträchtliche Vergrößerung der Reichweite einer Lokomotive, sie fährt wesentlich größere Strecken, ohne Wasser oder Kohle fassen zu müssen, und eine weniger anstrengende Arbeit für den Heizer, dann aber auch eine ganz bedeutende Verringerung des Geldaufwandes für Brennstoff.

Die Reichsbahn verbrauchte im Jahre 1929 für sämtliche Lokomotiven rund 15 Millionen Tonnen Kohle im Werte von 360 Millionen Mark. Welche glänzenden Aussichten muß hier eine solche kohleersparende Lokomotive besitzen! Die Löffler-Lokomotive hat zwei Treibachsen; auf die vordere arbeitet der Niederdruckzylinder, auf die andere wirken die beiden Hochdruckzylinder. Die neue Lokomotive bietet trotz der starken Vergrößerung des Betriebsdruckes eine mindestens ebenso große Sicherheit wie die gewöhnliche Lokomotive, da die im Überhitzer eingebauten Röhren sehr eng sind und ihr Bersten keine beträchtliche Verwüstung anrichten kann. Im übrigen ist auf der Lokomotive nicht irgendeine Anordnung vorhanden, die nicht schon bei den anderen Lokomotiven oder bei feststehenden Kesseln erprobt worden ist. Es bleibt demnach zu hoffen, daß sich im Betriebe nicht irgendwelche Schwierigkeiten einstellen werden. z.

Die Thermosflasche

Von Dipl.-Ing. Dr. H. Schütze.

Die Thermosflasche ist eine Erfindung, die aus dem physikalischen Laboratorium stammt. Sie hat zwei Väter: den deutschen Physiker Weinhold, der berühmt wurde durch seine vielen Entdeckungen und Verbesserungen auf physikalischen Gebiet; und den englischen Gelehrten Dewar, der unter anderem als erster den Wasserstoff verflüssigte. Ursprünglich hieß die Thermosflasche den Namen Weinholdsche oder Dewarsche Flasche. Man benutzte sie hauptsächlich zum Aufbewahren flüssiger Luft und anderer verflüssigter Gase, die sich in solchen Flaschen sehr lange halten, während sie in gewöhnlichen Gefäßen sehr schnell verdunsten. Der Name Thermosflasche kam erst auf, als die Erfindung ein Handelsgerät von allgemeiner, praktischer Bedeutung wurde. Alle Namen, die mit dem Worte „Thermo“ zusammenhängen, haben mit Wärme zu tun, z. B. Thermometer. Die Thermosflasche dient im allgemeinen dazu, heiße Flüssigkeiten auf lange Zeit heiß zu halten. Man kann sie aber auch umgekehrt dazu verwenden, kühle Flüssigkeiten kalt zu halten.

In der Technik gibt man Behältern oder Rohren, die Wasser oder Dampf heiß halten sollen, wärmedichte Packungen; d. h. man umwickelt sie mit Stoffen, die Hitze vertragen und Wärme schlecht leiten. Man verwendet zur Herstellung der Dampfrohre Metalle. Metalle sind aber schlechte Wärmeleiter! Ein Eisen- oder Kupferrohr gibt daher die Wärme nach außen ab, so daß in der Leitung große Wärmeverluste entstehen. Um sie zu vermeiden, benutzt man eher die Packungen. Auch die Hausfrau benutzt sie in der Kochkiste.

Die Thermosflasche scheint keine solche Packung zu haben und doch ist sie wärmedicht. Es sieht aber nur so aus, als ob keine Packung da wäre; in Wirklichkeit finden wir sie auch bei ihr. Der wärmedichte Stoff, der dafür verwendet wird, ist — nichts! Wo nichts ist, kann auch nichts die Wärme leiten. Dieses „Nichts“ stellt die Vakuumtechnik her. Die Flasche ist doppelwandig und zwischen beiden Wandungen befindet sich ein luftleerer Raum.

Schon ein gewöhnliches doppelwandiges Gefäß oder ein Doppelfenster bietet ziemlich guten Wärmeschutz. Namentlich, wenn es aus Glas oder aus Porzellan ist; denn beides sind schlechte Wärmeleiter. Auch die Luft zwischen den Wandungen ist kein besonders guter Wärmeleiter; sie leitet aber die Wärme allmählich ab, so daß mit der

Zeit doch beträchtliche Wärmeverluste entstehen. Pumpet man die Luft heraus, so können praktisch überhaupt keine Verluste mehr durch Wärmeleitung entstehen. Deshalb ist ein luftleer gepumpter Mantel, wie ihn die Thermosflasche hat, der beste Wärmeschutz.

Nun hat die Wärme aber noch ein anderes Mittel sich fortzupflanzen; das ist die Strahlung. Jeder warme Körper sendet Strahlen aus und verliert dadurch an Wärme. Diese Strahlen machen vor dem luftleeren Raum zwischen den Flaschenwandungen nicht halt; sie können im Gegenteil sehr leicht hindurch, noch leichter als durch irgendeinen anderen Körper. Auch durch Glas gehen sie hindurch; außerdem erwärmen sie die äußere Wand des Glases und auch dadurch entstehen Wärmeverluste.

Um eine vollkommenere Thermosflasche zu konstruieren, muß man also nicht nur die Wärmeleitung, sondern auch die Wärmestrahlung zurückhalten. Das geht durch — Spiegel! Ein Metallspiegel läßt die Wärmestrahlung nicht durch, sondern spiegelt sie, wirft sie zurück. Bringt man den Spiegel nun so an, daß er alle Strahlen in den Flascheninhalt selber zurückwirft, dann können auch durch Strahlung keine Wärmeverluste mehr entstehen.

Als Spiegel dienen die inneren Flächen der gläsernen Hohlwand, die mit einer dünnen Metallschicht, z. B. einem Silberspiegel überzogen werden. Die Wärmestrahlen, die von heißen Flascheninhalt ausgehen, können nicht weiter als durch die innere Glaswand; dann treffen sie auf den Spiegel, der sie durch die Glaswand zurückwirft, so daß die Strahlungswärme immer wieder auf den Flascheninhalt zurückstrahlt. Nun gehen die Strahlen aber durch Glas hindurch, ehe sie den Spiegel treffen. Das innere Glas der Doppelwand wird also heiß und damit auch der Metallspiegel. Er fängt auch an zu strahlen und schickt seine Strahlen durch den luftleeren Raum hindurch auf die äußere Glaswand. Nur können die Strahlen nicht bis zum äußeren Glas gelangen, sondern sie treffen vorher auf den Metallspiegel, der diese Glaswand auf der Innenseite bedeckt, und werden von dort wieder zurückgeworfen.

So sehen wir, daß die Wärmestrahlen aus der Flasche nicht herauskönnen; die beiden spiegelnden Wände lassen sie nicht hindurch. Und durch Wärmeleitung kann ebenfalls keine Abkühlung stattfinden. Deshalb bleibt der Flascheninhalt heiß. Man wundert sich meistens, daß ein so leichtes Gefäß, wie es der herausnehmbare Glasteil

Familie und Heim

Sünden der Vergangenheit

Groteske von Jewgenij Petrow. Deutsch von Gregor Jarcho

Der zwanzigjährige Jüngling Wassilij Sajetz schlug den Abenteuerroman zu und verließ das Haus. Die dunkle Nacht schien eine ganze Menge von Empfindungen, Erlebnissen von Geld und Ruhm für ihn bereit zu haben, und dies war sein Plan: zunächst wollte er den steinreichen Bankier überfallen und ausplündern, dann in ein Auto springen, den rasenden Verfolgern entweichen und sich schließlich an die Entführung des geliebten Mädchens Njurka Brysshejko heranmachen. Das Weitere spiegelte sich in der Phantasie des jungen Mannes nicht mehr ganz klar. Einerseits lockte ihn die Möglichkeit, sich mit Njurka heimlich trauen zu lassen, sie vor dem Zorn ihrer Eltern zu retten, mit ihr nach den Salomoninseln zu fliehen und dort das Leben eines Pflanzers zu führen, der mit aller Sorgfalt seine „Sünden der Vergangenheit“ zu verbergen sucht. Andererseits eröffnete sich ihm die nicht minder verlockende Aussicht, das Leben auf dem elektrischen Stuhl zu beschließen.

Wassilij legte sich mit dem Bauch auf den staubigen Bürgersteig und kroch wie eine Schlange einige Meter vorwärts. Nachdem er die Straßekreuzung erreicht hatte, sah er sich nach allen Seiten um und stieß einen leisen Pfiff aus. Sofort erscholl ein ebenso leises Antwortpfeifen. Gleich darauf löste sich der Schatten seines Kumpanen Witjka Slowunow von der grauen Mauer und glitt ihm entgegen.

„Hau du-du!“ begrüßte Witjka seinen Patron. „Es gibt Neuigkeiten, Kapitän!“

„Sprich, Stenly, ich höre.“

„Ich habe den ganzen Tag den Bankier beobachtet.“

„Nun, und?“

„Er hat seine Barschaft zu Hause.“

„Ohrreit, der alte Satyr wird der strafenden Hand Reginald Smiths nicht entgehen. Hahaha! ... Sind die Revolver in Ordnung?“

„Jawohl, Kapitän. Ein gutes Liter Maschinenöl schützt sie vor unerwünschten Versagern.“

„Ohrreit. Wir werden heute nacht schön arbeiten, lieber Stenly. ... Hast du schon meinen Brief der kleinen Veronika überreicht?“

„Jawohl, Kapitän. Njurka ... die kleine Veronika will Sie um ein Uhr nachts in ihrem Zimmer erwarten.“

„Ohrreit. Und der alte Zerberus von einem Vater?“

„Ahnt nichts.“

„Und die Mutter?“

„Die alte Ledy vertraut in allen Stücken ihrer Zofe. Diese habe ich bestochen!“

„Bravo, Stenly. Du bist ein fähiger Bursche. Jetzt aber wollen wir in die Taverne „Neubayern“ gehen und dort die Kehle mit einem guten Schluck auffeuchten. Uns steht eine Arbeit bevor, die beileibe nicht leicht ist.“

Der Bankier J. M. Dantonschik, Chef des Trikotagenhauses „Eigene Arbeit“, hatte eine eigene kleine Wohnung im Hofe desselben Hauses, in dem auch die beiden Freunde wohnten. Vor der Tür seiner Gemächer stülpte sich jeder der Uebelthäter eine aus Turnhosen angefertigte Maske über die Nase. Dann tat Wassilij Sajetz einen tiefen Seufzer und klopfte an.

„Wer ist dort?“ ließ sich hinter der Tür eine erregte Stimme vernehmen.

„Haussuchung“, antwortete Wassilij heiser.

Die Tür tat sich auf, und auf der Schwelle erschien der vor Freude strahlende J. M. Dantonschik in fliederblauen Unterhosen.

„Bitte schön! Treten Sie näher! Und ich hatte schon einen so furchtbaren Schreck bekommen. Ich dachte, es sei wieder jemand vom Finanzamt ... Frauchen! Kinderchen! Weint nicht! Das ist nur eine Haussuchung.“

„Hände hoch!“ befahl Stenly.

„A-a-ah! Banditen?“ rief Dantonschik ganz beglückt.

„Das sind wir!“ donnerte Stenly.

„Frauchen, Kinderchen, kommt rasch her! Rasch! Banditen sind gekommen! Schaut, schaut sie euch nur an, das sind lebendige Banditen! Seht ihr? Sieh mal her, Adolf, das sind die Leute, von denen ich dir so oft erzählt habe ... Der Kleine ist mein jüngster Sohn. Er wurde gerade zwischen dem fünfzehnten und sechzehnten Banditenüberfall auf meine Wohnung geboren ... Mach dem Onkel einen Diener! Er soll später einmal Geiger werden ... Aber nehmen Sie doch bitte Platz ... Frauchen, setz dich den Herren etwas vor ...“

„Wo haben Sie Ihr Geld?“ fragte Wassilij nervös.

Dantonschik sah die nächtlichen Besucher betrübt an und machte mit der Hand eine breite einladende Geste.

„Bitte, überzeugen Sie sich selbst.“

Die Freunde blickten sich im Zimmer um und stellten entsetzt fest, daß alle Einrichtungstücke der Wohnung, vom Schreibtisch bis zum Grammophon, mit Siegeln des Gerichtsvollziehers versehen waren.

„Heute kann ja kein Mensch mehr die Steuern bezahlen“, kicherte der Wohnungsinhaber. „Was sagen Sie dazu? ... Aber wo wollen Sie denn hin? Bleiben Sie doch einen Augenblick hier ... wir können uns ja so schön unterhalten ...“

Die Nacht der Abenteuer näherte sich ihrem Ende. Es stand aber noch das schwierigste und verantwortungsvollste Unternehmen bevor: die Entführung Njurkas von ihren despotischen Eltern.

„Beilen wir uns!“ rief Wassilij Sajetz. „Die kleine Veronika erwartet uns wahrscheinlich schon mit großer Ungeduld. Und bis zum Lauseberg sind es noch mindestens fünf Knoten.“

„Gemacht, Kapitän!“ erwiderte der treue Stenly. „Als man sich dem Hause näherte, in dem Veronika wohnte, sagte Wassilij:

„Schwöre mir, Stenly, daß ein Geheimnis sich um die Entführung der kleinen Veronika legen wird und keine sterbliche Seele die Wahrheit erfährt. Du mußt nämlich wissen, daß sonst der Zerberus von einem Vater zu mir gekaufte Mordbuben schicken und die kleine Veronika im Kloster umkommen lassen wird.“

„Ich schwöre, Kapitän.“

„So ist es besser. Und nun laß uns gehen.“

An der Mauer, über die unsere beiden Freunde einem im voraus zurechtgelegten Plan zufolge hatten heimlich klettern wollen, stand eine Leiter.

„Der Himmel begünstigt unser Vorhaben“, rief Wassilij Sajetz. „Die Leiter kommt uns wirklich sehr gut zu-statten.“

Durch das Dunkel der Nacht leuchtete nur ein einziges Fenster im zweiten Stockwerk.

„Dort ist sie. Wo ist der Strick?“

„Hol's der Teufel! Den habe ich zu Hause vergessen.“

Aber in diesem Augenblick fiel zu den Füßen der Entführer das Ende einer aus Bettlaken zusammengebundenen Leine.

„Irgendein bekannter, aber edler Freund scheint uns unterstützen zu wollen“, flüsterte der energische Stenly.

„Ans Werk!“

Wassilij ergriff die Bettlaken, tat einen Sprung, blieb ungeschickt in der Luft hängen und begann zu strampeln.

„Stellen Sie doch eins Ihrer Füßchen auf meine Schulter, junger Mann. Schadet nichts, wenn mein Anzug schmutzig wird, ichbürste ihn nachher ab“, erscholl jemand's krächzende Stimme.

Aus dem Dunkel schob sich ein düsterer Schatten vor.

„Sind Sie unser guter Genius?“ fragte Stenly.

Besuch auf der Redaktion

Das Telefon läutet.

Der Redakteur ergreift den Hörer.

„Wen? — Doktor Wolff? — selbst am Apparat ... Wer? Frau Rechnungsrat Grünspecht? Wie? Grünfeld? — Nein, ehrlich gestanden, ich kann mich nicht entsinnen. — Woher, gnädige Frau? — in der Straßenbahn? Ich habe Ihnen ein Paket aufgehoben? — Schon möglich, gnädige Frau, ich kann mich zwar nicht besinnen, aber — Sie haben meinen Namen gestern erfahren? Sie wollen sich persönlich bedanken? Aber, gnädige Frau, das war doch nicht der Rede wert — das war doch selbstverständlich — bitte? — nein, Gedichte bringen wir nicht — bitte? — bitte?? — Freikarten???? — ausgeschlossen — danke. — Schluß.“

Das Telefon fliegt auf die Gabel.

In dieser Minute öffnet sich die Tür.

Der Herr mit der Sensation tritt ein.

Er scheint ein biederer Bürger, er ist ein kleiner Geschäftsmann und trägt seinen Kopf so, wie er ihn gern tragen möchte, wenn er einen hätte. Seine Augen suchen dauernd am Boden. Hin und wieder findet er so ein unbenutztes Streichholz oder eine stumpfe Stecknadel, die er dann nach kurzer Ueberlegung großzügig mit dem Fuß beiseite stößt. Der Redakteur schaut auf.

„Sie wünschen?“

„Schwengeler ist mein werter Name.“

„Sehr erfreut, Herr Schwengeler.“

„Ich bin ein Leser Ihres Blattes. Schon seit Jahren. Ich lese immer alles ganz genau. Sogar die Geschichten.“

„Sehr nett, Herr Schwengeler, aber um mir das zu erzählen, dürften Sie wohl kaum hergekommen sein.“

Jetzt rutscht der Herr mit der Sensation in die Verlegenheit. Er stochert nach Worten. Endlich sagt er:

„Ich hätte nämlich was für Sie.“

„Für mich?“

„Ja. Für Ihr Blatt. Eine Sensation, eine riesige Sensation.“

„Schießen Sie los.“

Der Herr mit der Sensation holt tief Atem.

„Es handelt sich nämlich um Herrn Pichler.“

„Wer ist der Herr?“

„Ein widerlicher Kerl, sage Ihnen, Herr Redakteur, ein widerlicher Kerl. Er verträgt sich mit keinem Menschen in der Nachbarschaft, gestern erst wieder sagte Frau Freimann zu mir —“

„Entschuldigen Sie, verehrter Herr“, unterbrach ihn der Redakteur. „Sie müssen sich schon etwas genauer ausdrücken. Schließlich ist das keine Sensation, was Frau Freimann Ihnen erzählt.“

„Die Sensation kommt ja erst. Nämlich, was der Pichler ist, der verkauft in seinem Geschäft stinkige Wurst, lauter verdorbenes Zeug verkauft er in seinem Geschäft in der Brunnenstraße.“

„Herr Pichler ist Fleischer?“

„Nein, Kolonialwarenhändler. Aber das ist doch ein glatter Betrug! Das ist doch eine Gefährdung des Konsumenten! Das müssen Sie bringen, ganz groß müssen Sie das bringen, auf der ersten Seite, recht dick.“

„So einfach geht das nicht, lieber Mann. Da müssen wir erst natürlich genaue Erkundigungen einziehen. Was hat Ihr Arzt gesagt?“

„Wieso?“

„Ich nehme an, daß Sie oder Ihre Familie nach Genuß der Wurst erkrankt sind.“

„Wir essen doch keine Wurst von dem.“

„Haben Sie die Wurst weggeworfen oder hat er sich geweigert, sie zurückzunehmen?“

„Wir kaufen doch beim Pichler nicht.“

„Ja, aber — was kümmert Sie denn das Ganze?“

Jetzt rückt der Bieder vertraut näher. Er stützt sich auf den unteren linken Rockknopf des Redakteurs und nestelt liebevoll daran.

„Aber gehens. — Sie werden mich doch verstehen.“

„Ich verstehe Sie nicht.“

„Hören Sie mal — Sie sind doch Redakteur — da ist man doch nicht so schwer von „Verstehste“.“

„Ich verstehe Sie nicht, und wenn Sie sich nicht genauer ausdrücken wollen, so tut es mir leid, Ihnen meine Zeit geopfert zu haben.“

Der nächtliche Ankömmling nickte bejahend. In diesem Augenblick riß das Lakengebinde auseinander, und Wassilij plumpste weich auf die Erde hinab.

„Pst! Leiser ...“ sagte der Unbekannte. „Gehen wir doch lieber durch die Hintertür, so kann man sich auch das Genick brechen. Kommen Sie, junger Mann.“

„Ist es bald so weit?“ fragte von oben eine ungeduldige weibliche Stimme.

„Gleich, gleich, Njurotschka. Fassen Sie mich an, meine Herren, Sie können ja gar nichts sehen ...“

Die kleine Veronika wartete auf ihren Reginald mit unverhüllter Ungeduld. In der Linken hielt sie einen kleinen Korb, unter dem rechten Arm eine Strumpfstrickmaschine.

Wassilij Sajetz drückte dem Unbekannten kräftig die Hand.

„Sie haben mir das Leben gerettet. Sie sind mein Gönner.“

„Das stimmt schon“, lispelte der Unbekannte, „wer soll denn der eigenen Tochter Schlechtes wünschen? Ich meinerseits schenke euch die Maschine. Und eine fast neue Kommode. Sie ist wirklich fast neu. Lebt nun in Frieden. Ist ja halb so schlimm! Ich habe nichts dagegen. Heutzutage ist es nun einmal nicht anders ... Kein Mensch will heiraten ... Ja, wo willst du denn eigentlich hin? Halt!“

Im Garten wurde Wassilij Sajetz wieder erwischt. Dort wehrte sich der furchtlose Kapitän gegen den alten Zerberus mit Händen und Füßen. Er versuchte sogar, den erarimten Vater der kleinen Veronika zu beißen. Es half ihm nichts.

„Nun kommst du mir nicht mehr davon!“ sagte der alte Mann vorwurfsvoll. „Heirate sie, du Lauselümmel!“

Wassilij führt jetzt das stille Leben eines Pflanzers. An die Sünden der Vergangenheit bemüht er sich nicht zurückzudenken.

„Schön, hören Sie mal gut zu: ich habe doch ein Kolonialwarengeschäft in der Brunnenstraße, und die Kundschaften, die was jetzt immer beim Pichler kaufen, kommen nachher zu mir.“

„Herr!“, springt da der Redakteur wütend auf, „das muten Sie uns zu? Wir sollen ein vielleicht zufälliges Versehen Ihrer Konkurrenz anprangern, nur damit Sie bessere Geschäfte machen?“

„Ich lasse es mir ja etwas kosten“, meint der Mann mit der Sensation, „ich will ja von Ihnen nichts geschenkt haben. Fünf Prozent gebe ich von jeder neuen Kundschaft.“

„Hinaus mit Ihnen!“

„Sechs Prozent. Sieben.“

„Hinaus oder ich rufe die Polizei!“

Da nimmt der Herr mit der Sensation traurig sein Hütchen und sagt: „Entschuldigen Sie vielmals — ich habe es ja nicht böse gemeint — ich habe mir gedacht, ich mache Ihnen eine Freude mit meiner Sensation. Schließlich brauchten ja die Leute nicht erfahren, daß die Geschichte mit der Wurst gar nicht wahr ist.“

Die Leibesfrucht spricht

Für mich sorgen sie alle: Kirche, Staat, Aerzte und Richter. Ich soll wachsen und gedeihen; ich soll neun Monate schlummern; ich soll es mir gut sein lassen — sie wünschen mir alles Gute. Sie behüten mich. Sie wachen über mich. Gnade Gott, wenn meine Eltern mir etwas antun, da sind sie alle da. Wer mich anrührt, wird bestraft: meine Mutter fliegt ins Gefängnis, mein Vater hintennach; der Arzt, der es getan hat, muß aufhören Arzt zu sein; die Hebamme, die geholfen hat, wird eingesperrt — ich bin eine kostbare Sache.

Für mich sorgen sie alle: Kirche, Staat, Aerzte und Richter. Neun Monate lang.

Wenn aber diese neun Monate vorbei sind, dann muß ich sehen, wie ich weiterkomme. Die Tuberkulose? Kein Arzt hilft mir. Nichts zu essen? Keine Milch? Kein Staat hilft mir. Qual und Seelennot: die Kirche tröstet mich, davon werde ich nicht satt. Und ich habe nichts zu brechen und zu beißen, und stehe ich — jeder Richter ist da und setzt mich fest. Fünfzig Lebensjahre wird sich niemand um mich kümmern — niemand. Da muß ich mir selbst helfen. Neun Monate lang bringen sie sich um, wenn mich einer umbringen will.

Sagt selbst: Ist das nicht eine merkwürdige Klasse in der zweiten ...

Kurt Tucholsky.

Die alte Katze

Zwischen Brauns und Müllers herrschte seit Jahren eine erbitterte Feindschaft, die durch die Räuereien von Brauns Katze in Müllers Garten entstanden war. Eines Tages nun sandte Braun sein Mädchen zu den Nachbarn mit folgendem Schreiben:

„Herr Braun sendet Herrn Müller seine Empfehlung und teilt mit, daß seine alte Katze diesen Morgen gestorben ist.“

Herr Müllers Antwort war bitter:

„Herr Müller ist sehr betrübt, von Herrn Brauns Unglück, aber er hat gar nichts davon gehört, daß Frau Braun krank gewesen ist.“

Wenn die Liebste drängt

Ein junger Mann war auf Drängen seiner Herzallerliebsten zu deren Vater gekommen, um ihn um die Hand seiner Tochter zu bitten, hatte aber damit keinen Erfolg.

„Wenn ich Sie richtig verstanden habe, so wollen Sie nicht gestatten, daß ich Ihre Tochter heirate?“

„Ja.“

„Herr, darf ich Ihnen die Hand schütteln, bevor ich gehe?“

„Auf mein Wort, ich bin erfreut, daß Sie es nicht so schwer nehmen!“ sagte der Vater.

„Ja“, meinte der junge Mann. „Und ich werde mir gestatten, Ihnen ein Kistchen Zigarren zu senden. Sie glauben ja gar nicht, wie nahe Ihre Tochter daran war, mich zu angeln.“

Er sieht alles doppelt

Der Augenarzt erzählte seinem Freunde einen kuriosen Fall. „Alles was Jones ansah, sah er doppelt.“

„Ich vermute, daß es ihm dann wohl schwer fällt, eine Stelle zu finden.“

„Seltsam genug, nein“, erwiderte der Augenarzt. „Die Gesellschaft hörte von ihm und engagierte ihn sofort. Nun liest er die Gasmesser ab.“



Verbandsleben



Holland

Der Niederländische Metallarbeiterverband hatte seinen diesjährigen Verbandstag zum 22. Juni und folgende Tage nach Rotterdam einberufen. Gleichzeitig war damit eine Feier für alle Mitglieder des Verbandes verknüpft, die dem Verband 25 und mehr Jahre angehörten. Sie alle waren nach Rotterdam eingeladen. Wie diesen Pionieren von den übrigen Mitgliedern gedankt wurde, war auch für die Vertreter der ausländischen Organisationen recht erhabend. Besonders bemerkenswert trat die Jugend bei dieser Ehrung der Jubilare hervor.

In dem Geschäftsbericht, der zugleich die Eröffnungsrede war, konnte der Vorsitzende P. D. A. n. z. von einer recht guten Entwicklung des Verbandes in den letzten beiden Jahren berichten. Allerdings waren die wirtschaftlichen Bedingungen im Verhältnis zu Deutschland und manchen anderen Ländern sehr günstig. So war die Arbeitslosenzahl im Jahre 1929 zurückgegangen auf durchschnittlich 33 v. H. Die Mitgliederzunahme war für Holland gut, so daß der Niederländische Metallarbeiterverband von recht günstigen Verhältnissen berichten kann.

Der seit Jahren erstrebte Mindestlohn ist jetzt fast überall durchgeführt. Ebenfalls ist die 48stündige Arbeitswoche fest verankert. Notwendige Ueberstunden werden mit 25 v. H. Aufschlag bezahlt, auch die in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage werden entschädigt. Es ist weiter eine Woche Urlaub gewährleistet. Entsprechend dieser günstigen Entwicklung ist auch die finanzielle Lage des Verbandes.

Die Organisation der jugendlichen Metallarbeiter befindet sich in Holland noch in den Anfängen; aber es soll zu diesem Behufe jetzt ein recht kräftiger Vorstoß unternommen werden. Es wurde beschlossen, tatkräftiger und planmäßiger wie bisher alle jugendlichen Arbeiter dem Verbandsverband zuzuführen. Eine Unterstützung der alten und arbeitslosen Mitglieder wurde ebenfalls beschlossen, und zwar erhalten alle Arbeiter, die 65 Jahre und darüber alt sind und dem Verbandsverband 25 Jahre angehören, beim Aufgeben der Arbeit eine wöchentliche Unterstützung von drei Gulden aus Mitteln der Organisation. Zur Durchführung von allgemeinen Kämpfen in der holländischen Industrie wurde beschlossen; dem nächsten Kongress des Niederländischen Gewerkschaftsbundes einen Antrag zu unterbreiten, für den genannten Zweck einen festen Beitrag einzuführen.

Dem deutschen Gast fiel ein großer Unterschied in die Augen. Alle Redner, die zu dem Geschäftsbericht sprachen, auch dann, wenn sie durchaus kritisch die Verbandsführung behandelten, versäumten nicht, die Tätigkeit des Verbandes und seiner Leitung anzuerkennen, ja die meisten brachten die Anerkennung sogar in der Form des Dankes zum Ausdruck. Daraus darf man schließen, daß in Holland das Verhältnis zwischen den Mitgliedern, ohne Rücksicht auf ihre Stellung im Verband, ein durchaus herzliches ist, das durch unkollegiales Verhalten, wie es leider in Deutschland so häufig erlebt wird, nicht getrübt ist. Und das ist auch etwas Erfreuliches, das sicherlich alle Beteiligten stärker zu neuer Tätigkeit anspornt als ätzende Kritik, die häufig genug nichts anderes bezweckt, als den anderen zu verletzen. So dürfte der Verlauf dieses Verbandstages schon in seiner Kollegialität, die er aufzeigte, die Voraussetzungen geschaffen haben zu weiterem Aufstieg der holländischen Metallarbeiter. H. Schliestedt.

Erlauschtes beim Arbeitsamt

Der Stempel ist für den Tag aufgedrückt. Am Vermittlungsschalter ist wie täglich für uns keine Arbeitsstelle frei. Man sieht wieder neue Gesichter, die gestern entlassen, heute schon auf neue Arbeit rechnen. Es geht ihnen aber meistens so wie uns, warten, warten — — —

Wir begeben uns bei gutem Wetter auf eine Bank in den Anlagen vor dem Arbeitsamt. Hat man Glück, so findet man noch ein Sitzplätzchen. Auf den Gesichtern sieht man die Sorge eingegraben. Selten verraten die Züge ein Lächeln. Es ist aber kein freies, ungezwungenes Lachen, sondern die Züge behalten den sinnenden, grübelnden und sorgenvollen Ausdruck. Jetzt fängt einer an zu reden, die Sitzenden und Umstehenden hören zu.

A. erzählt: „Ich bin Dreher, jetzt 30 Wochen arbeitslos, bin aber noch beim Amt in der Krisenfürsorge. Es ist ja allerdings nur wenig Geld. Ich kann das Allernotwendigste zum Leben kaufen. Wie oft bin ich gefahren von Fabrik zu Fabrik, alles vergeblich. In den ersten Wochen meiner Arbeitslosigkeit suchte ich zu Hause Ablenkung. Jetzt habe ich auch dazu keine Lust mehr. Ich hatte auch einige hundert Mark vor dem Kriege erspart. Mein Sparkassenschein liegt wertlos in einer Schublade. Die Bank, wo ich mein Geld hatte, steht heute größer und prächtiger da als früher. Mein Geld steckt auch mit darin. Warum braucht die Bank uns nichts zurückzugeben?“

B. erzählt: „Mir geht es noch schlechter. Ich war auch Metallarbeiter, wurde aber im Vorjahre zu Erdarbeiten verurteilt. Es war schwere Knochenarbeit, der Verdienst nur gering. Im Herbst wieder arbeitslos. Jetzt bin ich ausgespart. Maß jetzt zum Wohlfahrtsamt, weil man mir keine Krisenunterstützung zahlt. Ich sei eben die meiste Zeit als Erdarbeiter beschäftigt gewesen, und da gibt es keine Krisenunterstützung. Beim Wohlfahrtsamt mußte ich erst unterschreiben, daß ich bei späterer Arbeit das Geld wieder zurückzahlen müsse. Ich wende es nie zahlen können. Warum sind nicht alle Arbeitslosen für die Krisenunterstützung zuständig? Warum macht man überhaupt in der Arbeitslosenversicherung so große Unterschiede. Genügt nicht für jeden Arbeitslosen eine gleich große Summe zur Lebenshaltung, vielleicht gestaffelt nach Familiengröße? Die Sätze der Unterstützung müssen zu einem Normal Satz erhöht werden für alle Arbeitslosen. Auch muß die Zeit der Unterstützung unbegrenzt sein. Bei mir in der Nähe wohnt ein Beamter z. B. Derselbe erhält 150 Mk. Pension. Er arbeitet nebenbei noch für Versicherungen. Die meisten Arbeitslosen haben noch lange nicht die Hälfte dieses Geldes, sondern nur ein Drittel. Warum verbietet man nicht durch Gesetz diese Nebenbeschäftigung. Es könnten diese Arbeiter doch manchem Arbeitslosen Lohn und Brot geben.“

C. erzählt: „Ja, Kollegen, es ist alles recht, was ihr da sagt. Es ist auch alles durchzuführen. Unter den jetzt am Rand sitzenden Herren ist aber wenig Hoffnung auf Erfolg. Ihr seid ja jeden Tag, daß man dabei ist, die Arbeitslosenversicherung zu verschlechtern, das Krankengeld zu vermindern und den Lohn abzuhaken, und daß stellensweise der Lohn schon erheblich herabgesetzt ist. Daraus ergibt sich, daß die in Arbeit stehen und die ohne Arbeit sind, daß alles aufgeben wird, was für uns die Macht zu erringen. Laßt euch

nicht zermürben, sonst ist es zu spät. Sorgt dafür, daß jeder aufgefordert wird, einer freien Gewerkschaft anzugehören. Die Gewerkschaft wird und kann deine Rechte vertreten und durchbringen, wenn alle ohne Ausnahme Mitglied des Verbandes sind. Also hinein in den freien Verband, nicht beiseite gestanden und nur das Errungene der Gewerkschaft als Nutznießer gebrauchen. F. W. in G.

Arbeitsstreckung oder Entlassung

Zu dem Aufsatz in Nr. 26 der MZ. habe ich folgendes zu erwidern: In allen Gewerkschaftskreisen ist schon längst erkannt, daß bei dem heutigen Stand der Industrialisierung und Rationalisierung eine Unterbringung aller Arbeitskräfte nicht mehr möglich ist. Die Fünftagewoche oder der Siebenstundentag wird von allen Seiten gefordert. Was liegt also näher als in den Betrieben wo Ueberschuß an Arbeitskräften eintritt, die Arbeitszeit gemäß des Bedarfs zu verkürzen und die vorhandene Arbeit auf alle zu verteilen. Das ist meines Erachtens das einzig Richtige. Es verdienen dann alle zwar weniger, denn sie arbeiten verkürzt, fürs erste zu dem bisherigen Lohn. Doch dürfte bald ein entsprechender Lohnausgleich erkämpft sein. Denn leider ist es noch so, daß erst gemeinsame Not die Menschen zusammenschweißt.

Bequemer ist es allerdings, die Folgen der Wirtschaftskrise einer Minderheit aufzubürden. Man stimmt für Entlassung eines Teiles der Belegschaft und glaubt, dadurch alles Unheil von sich abgewälzt zu haben. Wie in dem oben angeführten Aufsatz dargelegt wird, wollen die im Betrieb verbliebenen Arbeiter nicht verkürzt arbeiten. Nun lehrt aber jeder Tag aufs neue, daß wir mit Beibehaltung der 48-Stunden-Woche niemals wieder alle Arbeitskräfte beschäftigen können. Das ist in jeder Nummer der Metallarbeiter-Zeitung bestätigt. Daraus ergibt sich doch ohne weiteres, daß ein großer Teil Arbeiter nie wieder Beschäftigung finden werden. Die im Betrieb Verbliebenen scheinen ganz zu vergessen, was es heißt, zeitweilig zum Stempelgehenden verurteilt zu sein. Man ist ausgestoßen aus der Gemeinschaft um selbstsüchtiger Zwecke willen. Dann darf sich auch niemand wundern, wenn die so Verurteilten aus Selbst-erhaltungstrieb trachten, unter allen Umständen wieder Lohn und Brot zu finden. Arbeiten unter Tarif und ähnliches wäre die Folge. Menschlich ist das vollkommen zu verstehen, obgleich es nicht das Richtige ist. Die Leidtragenden dabei sind jene, die ihr persönliches Interesse voranstellen.

Wenn in dem Aufsatz weiter erwähnt wird, daß Arbeiter in bewegten Zeiten sich arg übervorteilen lassen und Lohnausfall wegen Kurzarbeit durch erhöhte Schinderei auszugleichen versuchen, so bedauere ich nur, daß sich niemand findet, diese Sorte Gewerkschafter auch einmal aufs Pflaster zu drängen. Denn es ist gefährlich, von erwerbslosen Kollegen gewerkschaftliche Disziplin zu verlangen, wenn man selbst keine übt.

Unser Betriebsrat geht!

„Unser Betriebsrat geht“; einer sagt dem andern, ein Unbehagen schleicht durch die Werkstätten. „Er“, der mit der Selbstverständlichkeit eines guten Vaters alles Unheil von uns abzuhalten suchte, „er“, den wir für sein zähes, stilles Wirken oft genug mit Schmutz beworfen, der bescheiden, doch mit vergrämter Stirne über seine Besudler uns Erfolg um Erfolg brachte — er will uns verlassen.

Besinnung zieht durch die Säle. Jetzt erst erkennen wir, was „er“ uns ist und wir möchten ihn halten. Möchten ihn halten an Händen und Füßen. Er, dessen klarer Kopf, dessen unbegrenzter Wille dem Arbeitgeber ein unbrechbares Bollwerk waren, ihn ruft die Partei. Sein Wissen wird gebraucht, auf daß es allen zugute komme.

Wir aber, die wir zurückbleiben, wollen wir nicht unsere Betriebsräte schon im Amte etwas mehr achten? — Oder müssen sie erst von uns scheiden? R. B., München.

Der Werkmeister-Verbandstag

Der Deutsche Werkmeister-Verband hielt seinen Verbandstag in Breslau ab. Von besonderer allgemeiner Bedeutung war dieser Verbandstag auch durch den Zeitpunkt, in den er fiel: kurz nach dem Oeynhauserschiedsspruch und in dem Augenblick, in dem die Regierung erklärte, daß sie sich den Unternehmern anschliesse und den Wiederaufbau der Wirtschaft durch Lohn- und Preissenkungen erreichen wolle. Mit dankenswerter Schärfe nahmen die verschiedenen Redner des Verbandstages gegen den Oeynhauserschiedsspruch und die Reichsregierung Stellung, die den Unternehmern in ihrem sozialreaktionären Angriff Hilfe leistet. In seinem Geschäftsbericht ging der Verbandsvorsitzende Buschmann davon aus, daß der DWV in den letzten zwei Jahren seinen Mitgliederbestand von 130 000 anfrachterhalten konnte, was in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit als guter Erfolg bezeichnet werden muß. Ausführlich verbreitet sich der Verbandsvorsitzende über den Rechtsschutz, den der DWV seinen Mitgliedern gewährt. Erstritten wurden 1928 insgesamt Beträge von 12 Millionen Mark, 1929 von 125 Millionen Mark. Erfolgreich war auch die Tarifarbeit des Verbandes. Es wurden in den letzten zwei Jahren etwa 18 neue Abschlüsse getätigt, die eine Gehaltserhöhung um 5 bis 6 Proz. brachten.

Sprachecke

Mir und mich

Von „mir“ und „mich“ sprechen heißt zugleich von Papa Wrangel sprechen — Papa Wrangel war bekanntlich ein berühmter preussischer General und Schlachtenlenker (obgleich eigentlich niemand die Schlachten kennt, die er gelenkt hat), aber vor allem stand er doch mit der deutschen Sprache auf dem Kriegsfuß, und in diesem Kriege ist er ganz bestimmt nicht siegreich gewesen. Schon deshalb war er auch der Held unzähliger Anekdoten. Er konnte den dritten und den vierten Fall der persönlichen Fürwörter durchaus nicht auseinanderhalten und verwechselte hartnäckig „mir“ und „mich“ und in der Anrede „Sie“ und „Ihnen“. Als er heiraten wollte, soll zwischen ihm und seinem künftigen Schwiegervater das folgende, von Theodor Matthias angeführte Gespräch stattgefunden haben:

Wrangel: Ich habe eine große Bitte, ob Sie mir nicht Ihren Schwiegersohn nennen möchten. Schwiegervater: Ja, das tut mir unendlich leid, aber meine Tochter ist noch gar nicht verlobt. Wrangel: Nein, bitte, ich wollte sagen: Ich bitte darum, ob ich nicht die Ehre haben dürfte, Ihnen meinen Schwiegersohn zu nennen. Schwiegervater: Ich werde mich natürlich sehr freuen, seine Bekanntschaft zu machen; also bitte! Wrangel: Wir verstehen uns immer noch nicht:

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Mit Sonntag, dem 10. August, ist der 33. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. August 1930 fällig.

Sitzverlegung des Verbandes.

Der Umzug des Verbandes von Stuttgart nach Berlin ist vollzogen. Alle Zuschriften an den Vorstand der DMV, die Verlagsgesellschaft des DMV, die Firma Schlick u. Co., den Unterstützungsverein des DMV usw. sind nach Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148, zu richten. Das gleiche gilt für persönliche Schreiben an die Vorstandsmitglieder und die Beamten im Hauptbüro.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:
Der Hilfsarbeiter Wilhelm Bäcker, geb. am 18. September 1899 zu Kutenberg, Mitgliedsbuch Nr. 6509726, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Die Schweißerin Paula Krüger, geb. am 28. August 1888 zu Charlottenburg, Mitgliedsbuch Nr. 6811547, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Duisburg:
Der Metallarbeiter Paul Jopp, geb. am 29. September 1901 zu Gramsdorf, Mitgliedsbuch Nr. 5789004, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 6905380, lautend auf den Hilfsarbeiter Johann Hiest, geb. am 23. März 1903 zu Bohlingen (Singen), Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148.

Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten!

von Carosseriearbeitern aller Branchen nach Basel St.; von Metalldruckern nach St. Louis in Ober-Elsaß (Fa. Gröninger, Aluminiumfabrik) D.; von Silberarbeitern nach Burgdorf i. Hann. A. u. St.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

ob Sie nicht erlauben werden, daß ich meinen Schwiegervater Sie nenne? Schwiegervater: Ja, das müssen Sie doch aber mit ihm selbst abmachen, da kann ich doch unmöglich etwas dazu tun!

Die Verwechslung von „mir“ und „mich“ findet sich namentlich bei der Bevölkerung Niederdeutschlands, die Plattdeutsch spricht oder in deren Nähe Plattdeutsch gesprochen wird. Im Platt sagt man „mi“ sowohl für mich wie für mich, „di“ für dir und dich, dritter und vierter Fall fallen also zusammen.

Was macht das Mir und Mich for Müh!
Up plattdütsch segg ick slankweg „mi“.

heißt es in einem plattdeutschen Verschen.

Der alte Wrangel war aus Pommern, in Pommern wird Platt gesprochen, und so müssen wir ihm mildernde Umstände zubilligen.

(Ans: Sprachführer für Nachdenkliche von Dr. Franz Loppmann, Verlag Ullstein.)

Excelsior. Dies schon dem klassischen Latein angehörige Wort excelsior, das heißt „höher, erhabener“, kam Ende des 18. Jahrhunderts in Amerika auf; am 16. März 1778 nahm es der Senat des Staates Newjork als Wahlspruch zu dem gewählten Staatswappen, einer aufgehenden Sonne an. In Verbindung mit dem Wahrzeichen schwebte dabei wohl vor die dem Lateinischen fremde Bedeutung: Höher-hinaus! zu Glanz und Licht, wie die aufsteigende Sonne. In Anlehnung hieran, als Aufforderung zu höherem Streben insgesamt, brachte dann der Dichter Longfellow Excelsior im Jahre 1841 als Schlusswort des Kehrreims in einem volkstümlich gewordenen Gedicht.

1851 bemächtigte sich die geschäftliche Anpreisung des Wortes; und auf der Londoner Weltausstellung dieses Jahres brachte ein Amerikaner seine „Excelsior-Seife“ auf den Markt. Er fand viele Nachahmer. So griff Excelsior als reines, von seinem Ursprung gänzlich losgelöstes Lockwort nach England und von dort aus nach Deutschland über. In Deutschland hat Excelsior niemals einen auch nur halbwegs verständlichen Sinn gehabt. Hier weiß kaum jemand etwas von seinem Ursprung. Die deutsche Geschäftswelt schwärmt nun aber für möglichst hochtrabend klingende Bezeichnungen, die ihr sozusagen als Zauberwörter des Erfolges erscheinen, ohne daß sie sich um ihre Herkunft, Bedeutung oder Verständlichkeit bekümmern. Deutscher Sprachverein.

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet vom 24. bis 30. August in der Bundesschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Leipzig einen Kurs zur Einführung in das Gebiet der sozialistischen Feste und Feiern mit folgendem Programm: Das Fest als Ausdruck eines Massenwillens im Zusammenhang mit dem Theater-, Film- und Laienspiel, dem Sprech- und Bewegungschor, der Musik und dem Gesang. Die Feier im Rahmen der Arbeiterbewegung in Verbindung mit den verschiedenen Organisationen (Partei, Gewerkschaften, Kinderfreunde, Arbeiterjugend, Arbeitersänger, Arbeitersportgruppen) als Träger und Mitgestalter. Die verschiedenen Formen der Feiern, Programmaufbau, Propaganda in künstlerischer Form, Aktuelle Bühne, Sozialistische Revue und Kabarett.

Die näheren Bedingungen für die Teilnahme sind durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu erfahren und Anmeldungen dorthin zu richten.

Antiterrorgesetz in Österreich

Auch in Oesterreich wollen die Unternehmer die Löhne herabsetzen. Die in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiter und Angestellten sind dort aber ebenso wenig unterzukriegen wie in Deutschland. Die Bestrebungen, den Arbeitern die Lebenshaltung zu verschlechtern, verstecken sich überall hinter dem Schlagwort „Produktionskostensenkung“. Das klingt dann doch gemeinsinnig, nicht wahr; denn durch Produktionskostensenkung soll ja die Preissenkung ermöglicht werden. Die Preissenkung bleibt aber regelmäßig aus, auch dann, wenn Verhältnisse eintreten, die sie ermöglichen, wie in letzter Zeit die Senkung der Preise der Rohstoffe.

Der Widerstand der Gewerkschaften war in Oesterreich nicht zu brechen, als es darum ging, die schon recht dürftige Lebenshaltung der Massen vor Verschlechterung zu schützen. So versuchten die Unternehmer, die Gewerkschaften selbst zu brechen, und zwar mit Hilfe der Gesetzgebung. Natürlich mußte dafür ein Mäntelchen gefunden werden. So nennt man das gegen die Gewerkschaften gerichtete Gesetz (vom 5. April) zur „Ertragsicherung der Betriebe“, und es soll die Unternehmer „vor der Gefahr des geschlossenen Betriebes“ schützen. Dank dieser Verbrämung findet das Machwerk eher öffentlichen Anklang.

Im Kampf um solche Gesetze hat die bürgerliche Presse die erwünschte Gelegenheit, Stimmung gegen die Gewerkschaften zu machen, was sie natürlich auch tut: Die Löhne, wie die Soziallasten und Steuern seien zu hoch! Deshalb seien leider auch die Preise zu hoch. So tönt es Tag für Tag durch die gesamte bürgerliche Presse. Wie die Preise der Kartelle und Verbände, des Groß- und Kleinhandels entstehen, das wird nie klargestellt. Man könnte doch sonst einfach sagen: in dem Preise dieser und jener Ware ist enthalten ein Ausgabeposten für Rohstoffe, Lohn und Fracht usw. soundsoviel. Dann könnte der Käufer feststellen, was der Fabrikant und der Handel vom Verkaufspreise erhalten. Die Verbraucherschicht würde dann staunen über die Höhe der Gewinnaufschläge der Unternehmer und Händler. Diese Sachen aber vertragen eben nicht das Licht der Öffentlichkeit. Darum redet und schreibt man fortgesetzt um den Kern der Dinge herum, lenkt ab, verwirrt, verdummt so viel es nur eben möglich ist. Und die Käufer zahlen geduldig die fast allgemein viel zu hohen Preise, richtiger, die viel zu hohen Profite in den Preisen, weiter. Würden die Karten der Preisbildung aufgedeckt, müßten sich sofort die vielen großen Fehler der privatkapitalistischen Wirtschaft zeigen. Das ermüdende Gerede über zu hohe Gehälter und Löhne, zu hohe Soziallasten und zu hohe Steuern wäre dann unmöglich.

Daß es möglich ist, die Preisbildung zu verheimlichen, offenbart die gewaltige Macht der Presse. Alle bürgerlichen Zeitungen sind eben kapitalistische Unternehmen. Für die Presse und für einen großen Teil ihrer Leser ist

es selbstverständlich, daß alle unangenehmen Dinge der Wirtschaft totgeschwiegen werden. Deshalb bestehen die vielen großen Unvernünftigkeiten und Ungerechtigkeiten des wirtschaftlichen Lebens selbst in so schweren Zeiten fast ungehindert fort, wie sie das deutsche Volk ja ebenfalls erlebt. Gerade aus dem Ungesunden, das besteht, zieht man seinen Nutzen. Darum muß es verschleiert werden, denn nur durch Verschleierung, Verdrehung, Ablenkung und Ablehnung läßt es sich erhalten, erhalten zum großen Schaden der wirtschaftlich Unselbständigen. Diejenigen Staatsbürger, die vom Geschäftemachen leben, haben noch die Macht, die sogenannte öffentliche Meinung „zu machen“. Darum bleibt die Wirtschaft „des Volkes“ so wie sie ist.

Wenn man den Gewerkschaften andichtet, daß sie „terroristischen Charakter“ tragen, so ist das eben weiter nichts als eines der vielen Ablenkungsmanöver der Unternehmer und Händler. „Antiterrorgesetz“ hat man das neue Gesetz gegen die Gewerkschaften genannt, das die Ertragsicherung der Betriebe schützen soll. Als ob die Gewerkschaften in unserer Zeit der großen Arbeitslosigkeit nicht mindestens ebenso sehr bemüht wären, Arbeitsmöglichkeiten zu erhalten oder zu schaffen wie die Kapitalisten, die ihre Wirtschaftsgewinne ins Ausland schieben und so von der Not des Volkes nie erreicht werden können.

Die Kapitalisten haben das „Antiterrorgesetz“ nicht ganz so durchsetzen können, wie sie es wollten. Es werden gewisse Kollektivvertragsbestimmungen für nichtig erklärt, es wird die Beeinflussung der Arbeiter zum Eintritt in die Gewerkschaft mit Mitteln der Einschüchterung unter Strafe gestellt und es wird untersagt, die Mitgliederbeiträge vom Lohn abzuziehen. So wird den Gewerkschaften wohl das Leben etwas schwerer gemacht. Sie werden dadurch fortgesetzt daran erinnert, daß der Zustand des Kampfes in der Wirtschaft im ganzen Umfange fortbesteht und es nicht anseht, im Werben für die Ideen der Gesellschafts- und Wirtschaftsgesundung lässig zu werden.

Merkwürdig: die Unternehmer üben fortgesetzt mit den verwerflichsten Mitteln den allergrößten Zwang, glatten Terror auf ihresgleichen aus, um ihre Macht für die gewalttätige Festsetzung hoher Preise zu erhalten. Aber dieser Unternehmer- und Händlerterror wird nicht etwa auch durch Gesetz zu verhindern gesucht, nein, er wird weitgehend durch Gesetz geschützt. Das ist um so merkwürdiger, als dieselben Unternehmer und Händler nicht müde werden, von Wirtschaftsfreiheit und Wirtschaftsindividualismus zu reden. In Wirklichkeit hassen sie nichts so sehr als die Freiheit des Wettbewerbs. Sie hassen die freie Preisbildung vielleicht sogar noch mehr als die freie Entwicklung der Gewerkschaften. Heuchelei überall!

während der Teuerungindex um 6 Proz. stieg. Es ist in diesem Zusammenhang festgestellt, daß die belgischen Kollegen als Minimallohnforderung bei einem Teuerungindex von 800 für qualifizierte Arbeiter bei achtstündiger Arbeitszeit 50 Franken täglich verlangen, für die übrigen Berufsarbeiter 45 Franken, für die Hilfsarbeiter 40 Franken, für die Frauen 30 Franken und für die Lehrlinge 12 Franken. Auf sozialpolitischem Gebiete fördern sie die Einhaltung des Gesetzes über den Achtstundentag, ein Sozialversicherungsgesetz, ein Gesetz über bezahlte Ferien, die Revision des Unfallversicherungs- und des Gewerbeinspektionsgesetzes und schließlich ein Gesetz über die Kollektivverträge.

Die Verhältnisse machten eine Neuregelung der Beiträge und Unterstützungen notwendig. Der Beitrag an die Hauptkasse wird vom 1. Oktober d. J. in der I. Kl. von 2,05 Fr. auf 2,90 Fr. erhöht, in der II. Kl. von 1,10 Fr. auf 1,60 Fr. Der Hauptanteil entfällt mit 2 Fr. und 1 Fr. auf den Streikfonds, der Beitrag an den Altersfonds wurde von 12 auf 25 Ct. erhöht. Die Streikunterstützung wird von 10 Fr. auf 16 Fr. täglich erhöht; in der zweiten Streikwoche wird sie künftig 17 Fr. täglich betragen, in der dritten und den folgenden Wochen 18 Fr. sowie täglich 1 Fr. Zuschuß für jedes Kind unter 16 Jahren. Die Arbeitslosenunterstützung wird auf 9 Fr. täglich erhöht. In Gemeinden und Provinzen, wo keine Zuschüsse zur Unterstützung gezahlt werden, 11 Fr.

Es ist hier freilich zu bemerken, daß mit den obengenannten Beiträgen die Beitragszahlung der belgischen Kollegen nicht erschöpft ist. Der belgische Metallarbeiterverband ist auf einer föderalistischen Grundlage aufgebaut. Demgemäß erheben auch die einzelnen Bezirke besondere Beiträge, die für die Hauptkasse weit übersteigen. Der Bezirk Lüttich erhebt z. B. wöchentlich 10 Fr., wovon auch der Parteibetrag und das Bezugsgeld für die Parteizeitung bezahlt wird.

Nach einem Vortrage des Kollegen Bries beschloß der Kongreß einstimmig eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden wöchentlich zu fordern. Er beauftragte die Gewerkschaftskommission und den Internationalen Metallarbeiterbund, alles zu unternehmen, damit diese Forderung durchgesetzt werde.

Ueber die bezahlten Ferien referierte Genosse Delvigne. Die Gewerkschaftskommission hat der belgischen Kammer einen Antrag unterbreitet, wonach die Ferien 7 bis 21 Tage betragen sollen.

Die Lütticher Kameraden hatten für den 30. Juni eine besonders eindrucksvolle Manifestation vorbereitet; indem alle metallindustriellen Betriebe an diesem Tage feierten und die Arbeiterschaft eine ungeheure Kundgebung durch die Straßen Lüttichs veranstaltete. Es nahmen an ihr gegen 20 000 Metallarbeiter teil. Die einzelnen Gruppen erschienen in Arbeitskleidung und vertraten die Forderungen der Arbeiter auf großen Standarten. An der Kundgebung nahm auch der Parteivorstand teil.

Kunde von Sowjetrußland

Für die Steigerung der industriellen Produktion.

Wir entnehmen dem „Trud“ (vom 18. Juli) den Inhalt einer Zuschrift eines Arbeiterkorrespondenten der Kolomnaschen Maschinenfabrik, in der das Programm dieses Werkes für das Wirtschaftsjahr 1930/31 auseinandergesetzt wird. Danach soll im Vergleich zu 1929/30 die Erzeugung um 72 v. H. gesteigert werden. Der Lokomotivbau soll um 61 v. H., der Bau von Eisenbahnwagen um 56 v. H. und der Schiffbau um 97 v. H. zunehmen. Statt 44 Typen sollen nur noch 15 hergestellt werden. Die Arbeitsproduktivität soll eine Steigerung von 30 v. H. erfahren. Die Zahl der Arbeiter soll bereits im ersten Vierteljahr von 8 400 auf 10 475 und im vierten Vierteljahr bis auf 11 587 gesteigert werden. Bereits gegenwärtig werden mehr als 1000 Arbeiter des Werkes zu gelehrten Arbeitern herangebildet.

Alle diese Voranschläge waren Gegenstand einer Konferenz, die von 750 Stützpunktleuten des Werkes veranstaltet worden war. Die Teilnehmer brachten eine Reihe von Vorschlägen zu dem Programm. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Produktionsplan der Werkleitung zu allgemein gehalten ist. Ausdrücklich wurde hervorgehoben, daß es noch Werkstätten gibt, wie z. B. die Ausbesserungswerkstätten, die von den programmatischen Voranschlägen behaupten, daß sie undurchführbar seien. Auch auf die Notwendigkeit, das Alphabetentum zu beseitigen, wurde hingewiesen. Die Konferenz hat im allgemeinen die Voranschläge bestätigt. In jeder Werkstatt sollen die Voranschläge bekanntgegeben werden, damit jeder Arbeiter genau weiß, welche Arbeiten er zu leisten haben wird. Schließlich wurde beschlossen gegen jede Wankelmütigkeit anzukämpfen, die Rechtsopposition und alle Reste des Trotzismus auf das energischste zu bekämpfen. Dergleichen sollen alle reaktionären bäuerlichen Strömungen bekämpft werden und von der Generallinie der Partei auch nicht um einen Fuß breit abgewichen werden.

Lohnauszahlungen durch die Sparkasse.

Vor längerer Zeit schon meldete die Sowjetpresse, daß man den Versuch unternommen will, die Löhne durch die Sparkassen auszahlen zu lassen, um auf diese Weise eine Vereinfachung des Verfahrens herbeizuführen und die immer wieder auftretenden Störungen in der rechtzeitigen Auszahlung der Löhne zu beseitigen. Hierzu meldet der „Trud“ (vom 17. Juli) folgendes:

„Die Hauptverwaltung der staatlichen Sparkasse unternimmt neuerdings wieder Versuche, die Löhne durch die Sparkassen auszahlen. Diese Versuche sind n. a. in Moskau in der Abteilung des Handelskommissariats, auf dem Elektrizitätswerk und im Kabelwerk durchgeführt worden und in Charkow auf dem staatlichen Elektrizitätswerk, „Haus der Industrie“ und im „Palast der Arbeiter“. Die Vereinfachung der Lohnauszahlung hat zu einer erheblichen Kürzung der Kosten und zu einer großen Zeitersparnis geführt. Auf dem Elektrizitätswerk und auf dem Kabelwerk soll außerdem der Lohn den Arbeitern unmittelbar an ihrem Arbeitsplatz ausbezahlt werden.“

Industrieanleihe und Arbeiterschaft.

Seit einigen Wochen wird für die staatliche Anleihe „Fünfjahrplan in vier Jahren“ von der Sowjetregierung im ganzen Lande ein großer Werbefeldzug entfaltet. Täglich wird über den Verlauf der Zeichnung berichtet und diejenigen Betriebe, die sich durch besonders große Zeichnungen hervor tun, werden rühmend erwähnt, während diejenigen, die in dieser Beziehung rückständig sind, gerügt und ermahnt werden. Ueber diese Angelegenheit wird dem „Trud“ (vom 21. Juli) aus Rybinsk folgendes berichtet:

„Im Gebiet von Rybinsk steht es mit der Zeichnung der Anleihe „Fünfjahrplan in vier Jahren“ nicht zur Zufriedenheit. Die Gewerkschaften und die Parteistellen haben es nicht verstanden, die Öffentlichkeit über die Bedeutung der Anleihe aufzuklären. Auch die in den einzelnen Werken organisierten Ausschüsse der Belegschaft arbeiten schlecht. Infolgedessen vollzieht sich die Zeichnung nur in einigen Werken der Stadt befriedigend. In den Rybinschen Eisenbahnwerkstätten, die mehr als 3000 Mann beschäftigen, haben bisher nur 9 Personen gezeichnet. In den örtlichen Bezirken der Eisenbahnverwaltung ist es damit noch schlechter bestellt. Bisher sind im ganzen Gebiet nicht mal die 600 000 Rbl. eingegangen, die noch von der 3. Industrialisierungsanleihe stammen. Mehr als 50 v. H. dieser Summe entfallen auf Wohnungsgenossenschaften. In den letzten Tagen ist allerdings eine gewisse Belebung in der Zeichnung der neuen Anleihe zu bemerken.“

Die französische Sozialversicherung

Mit dem 1. Juli tritt in Frankreich das neue Sozialversicherungsgesetz in Kraft. Zehn volle Jahre brauchte die französische Arbeiterklasse, um dieses Gesetz unter Dach zu bringen. Allerdings hatte jede der sich abwechselnden Regierungen auch einen schweren Standpunkt, da die französischen Industriellen rücksichtslos gegen das angekündigte Gesetz auftraten. Die Regierungen griffen daher oft und oft zur Verschleppung. Aber die französische Arbeiterklasse ließ nicht locker. Sie forderte die rasche Verwirklichung des Gesetzes. Schließlich mußte das Kabinett Tardieu das seit zehn Jahren versprochene Gesetz doch verwirklichen. Doch geschah dies erst, als die sozialistische Partei und der Gewerkschaftsbund mit einem allgemeinen Streik drohten. Daß dieses durch die französische Arbeiterklasse erzwungene Gesetz den Anforderungen der Arbeiterklasse bei weitem nicht entspricht, braucht kaum betont zu werden. Wir geben hier von ihm einen summarischen Ueberblick.

Die Versicherung erstreckt sich auf Krankheit, Mutterschaft, Invalidität, Altersversorgung, Todesfall und unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Die Unfallversicherung war früher schon gesetzlich eingeführt. Das neue Gesetz unterscheidet 5 Gruppen:

1. Gruppe mit Löhnen bis 2399 Fr.
2. " " " " " 4499 "
3. " " " " " 5999 "
4. " " " " " 9599 "
5. " " " " " über dieser Summe.

Die Beiträge sind in der ersten Gruppe 0,25, in der zweiten 0,50, in der dritten 0,75, in der vierten 1,— und in der fünften Gruppe 1,75 Franken je Arbeitstag. Dieselbe Summe hat auch der Unternehmer zu entrichten. Dieser hat außerdem für die seiner Angestellten, die bis zu 25 000 Franken verdienen, einen Sonderbeitrag zu entrichten, der von 1,20 bis zu 2,40 Franken je Arbeitstag berechnet ist. Die Krankenunterstützung beträgt:

| | |
|------------------|--------------|
| in der 1. Klasse | 3 Fr. je Tag |
| " 2. " | 6 " " " |
| " 3. " | 9 " " " |
| " 4. " | 12 " " " |
| " 5. " | 18 " " " |

mit dem siebenten Tage der Krankheit beginnend.

Die Mutterschaftsunterstützung ist gleich den oben-erwähnten Sätzen. Sie beginnt sechs Wochen vor und dauert bis sechs Wochen nach der Niederkunft nebst ärztlicher Hilfe und Arznei. Außerdem erhält die versicherte Mutter eine Stillprämie, wenn sie ihr Kind selbst stillt, und zwar während neun Monaten.

Die Invalidenunterstützung wird zugesprochen, wenn die Arbeitsfähigkeit eine Abnahme von mindestens 66 vH überschreitet, und der Invalide erhält eine Summe, die 40 vH seines Durchschnittslohnes beträgt. Mindestrente aber 600 Franken.

Die Altersversorgung gewährt jenen Versicherten, die vor ihrem 30. Lebensjahr aufgenommen wurden, nach Erreichung des 60. Lebensjahres eine Jahresrente in der Höhe von 40 vH ihres Durchschnittslohnes. Während

der Uebergangszeit erhalten die Mitglieder, die das 60. Lebensjahr erreicht haben, eine Rente, die den einbezahlten Beiträgen prozentual entspricht. Im Falle des Ablebens des Versicherten erhalten die rechtmäßigen Erben einen Beerdigungsbeitrag, der 20 vH des Durchschnittsverdienstes entspricht. Mindestbetrag 1000 Franken. Als Familienzulage erhält das kranke invalide Mitglied 100 Franken je Kind und Jahr, und im Sterbefalle die Witwe ebenfalls 100 Franken je Kind. Waisenunterstützung 120 Franken je Kind und Jahr.

Die Arbeitslosenunterstützung ist im Prinzip angenommen, vorläufig jedoch nicht durchgeführt. Doch zahlt die Zentralversicherungskasse vier Monate hindurch die Beiträge des arbeitslos gewordenen Mitgliedes.

Wie diese kurze Darstellung zeigt, bietet das Gesetz nicht besonders viel. Auch fehlt die Einheit im Aufbau. Es ist ein Flickwerk und man sieht in den einzelnen Bestimmungen, daß an dem Gesetz jahrelang herumgedoktert worden ist.

Die Regierung mußte das Gesetz unter Dach bringen. Das war die Forderung der Arbeiterklasse. Aber die Regierung mußte aus politischen Gründen auch mit den Wünschen der Großindustriellen rechnen. In seiner praktischen Durchführung ist das Gesetz eines der schlechtesten. Es ist schlecht und teuer. Es verschlingt volle 10 vH des Gesamtlohnbeitrages des Landes, der in Frankreich auf 45 Milliarden berechnet wird, das heißt, die neue Versicherung arbeitet mit einer Einnahme von rund 4,5 Milliarden Franken und läßt dabei 20 vH der Medikamente, Operationskosten, pharmazeutischen Produkte, Spezialarzneien und anderes mehr durch das Mitglied rückvergüten, das heißt, diese Kosten werden dem Versicherten einfach vom Unterstützungsbeitrag abgezogen. Dem Schwindel ist bei solchem Verfahren Tür und Tor geöffnet.

Sowohl der Unternehmer wie der Versicherte haben das Recht, die Versicherungsgesellschaft und den behandelnden Arzt frei zu wählen. Haben sie bis zum 1. Juni keine Wahl getroffen, so werden sie im Amtsweg der Landesversicherungsgesellschaft zugeteilt. Alle fortschrittlichen Parteien sind der Meinung, daß dieses Gesetz so bald wie möglich verbessert werden muß.

Der belgische Verbandstag

Der diesjährige Verbandstag der Metallarbeiter Belgiens fand am 28. und 29. Juni in Lüttich statt. Es war eine stattliche Zahl Vertreter ausländischer Verbände erschienen, von dem DMV der Kollege Otko Tost. Aus dem Tätigkeitsbericht des Sekretärs Solau geht hervor, daß der Verband 110 000 Mitglieder zählt. Die stärksten Mitgliederhaufen stehen in dem Bezirk Lüttich, der ja auch der Industriellste Belgiens ist. Der Verband war bisher so glücklich, nicht viel von der Arbeitslosigkeit heimgesucht zu sein. Erst in der letzten Zeit hat sich das etwas verschlechtert. Der Satz der arbeitslosen Mitglieder mag zur Zeit etwa 7% Proz. betragen.

In der Besprechung des Tätigkeitsberichtes spielte die Lohnfrage eine nicht unbedeutende Rolle, wobei der Sekretär Solau feststellte, daß in den Jahren 1927 und 1928 die Löhne um durchschnittlich 12% Proz. erhöht wurden,

Wiederaufnahme der Arbeit bei Mansfeld

Der seit dem 2. Juni dauernde Ausstand der Arbeiter der Mansfeld A.-G. ist am 25. Juli beendet worden. Bekanntlich hat dieses Unternehmen eine Lohnherabsetzung von 15 v. H. gefordert, worüber es mit den Gewerkschaften zu einem Konflikt kam, der zur Aussperrung führte. Es ist den Gewerkschaften gelungen, die beabsichtigte Lohnherabsetzung auf 9 1/2 v. H. herabzumindern. Ein größerer Erfolg war selbst bei einem längeren Ausstand nicht zu erreichen. Das deutsche Reich und der preussische Staat gewähren für die Weiterführung des Kupferbergbaues und der Hüttenbetriebe eine Beihilfe in der Form eines zunächst zinslosen Kredits in Höhe von 450 000 bis 500 000 Mark monatlich bis Ende dieses Jahres. Zur Feststellung des Gesamtergebnisses soll eine Prüfung von einer Treuhändergesellschaft erfolgen. Falls das Ergebnis dieser Prüfung feststellt, daß bis zum 31. Dezember 1930 der Mansfeld A.-G. kein Ueberschuß verbleibt, gilt die öffentliche Geldleistung als verlorener Zuschuß.

Die Erledigung des Konflikts im Mansfelder Revier ist selbstverständlich nicht als ideal zu bezeichnen. Die Gewerkschaften müssen sich gegen öffentliche Subventionen wenden. In diesem Falle lagen die Verhältnisse besonders schwierig. Mansfeld ist der einzige kupfererzeugende Betrieb in Deutschland. Die Betriebsergebnisse sind sehr wesentlich von der internationalen Preisgestaltung abhängig, die durch überstaatliche Kartelle beeinflusst wird. Betrachtet man die Erledigung von der sozialen Seite, so war bei einem ferneren Daniederliegen der Betriebe der Mansfeld A.-G. nicht damit zu rechnen, daß die in diesem Gebiet lebenden 14 000 Arbeiter und Angestellten anderweitig Beschäftigung gefunden hätten. Deshalb mußten auch die Gewerkschaften dieser Vereinbarung ihre Zustimmung geben.

Die internationale Preisentwicklung

Die Preise sind in allen Ländern im Rückgang begriffen. Es hat den Anschein, als ob die Entwicklung nicht stillstehe, sondern sich dem Preisstand der Vorkriegszeit annähert. Die Reichskredit-Gesellschaft hat in ihrem Wirtschaftsbildungsbild einen internationalen Preisvergleich angestellt, der die nachfolgende Entwicklung zeigt (1926 = 100):

| | 1. Vierteljahr 1929 | 1. Vierteljahr 1930 | Mai 1930 |
|--------------------------------|---------------------|---------------------|----------|
| Vereinigte Staaten von Amerika | 97,0 | 92,0 | 89,1 |
| England | 93,7 | 86,5 | 82,4 |
| Holland | 100,7 | 86,9 | 81,4 |
| Schweiz | 98,6 | 91,7 | 88,5 |
| Schweden | 96,6 | 85,9 | — |
| Deutschland | 103,7 | 96,5 | 94,0 |
| Frankreich | 110,5 | 97,4 | 94,0 |
| Belgien | 104,2 | 95,8 | 93,5 |
| Italien | 103,1 | 92,4 | 87,0 |
| Polen | 114,4 | 97,1 | — |

Die ersten fünf Länder zählen zu denjenigen, deren Währungen in den letzten Jahren nicht oder nur wenig entwertet waren. Die nächsten fünf Länder hatten mehr oder weniger eine Abwertung ihrer Währung zu verzeichnen und haben sie wieder neu geordnet. Der Preisrückgang war in den Ländern mit fester Währung am größten. Im großen und ganzen gesehen ist aber die Preisentwicklung fast überall in der gleichen Weise erfolgt. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß auch in den nächsten Monaten ein weiterer Rückgang der Preise in allen Ländern erfolgen wird.

Ein Juwel in Konstanz

Die Firma Erich Schoene, Moderner Waagenbau in Konstanz, sucht vielerorts Leute, so auch beim Arbeitsamt in Ludwigshafen. Ein Kollege hatte sich beworben. Hierauf erhielt er ein Schreiben von der Firma, worin es heißt:

Es wäre mir eventuell möglich, gegen Ende ds. Mts. eine Stelle als Waagenmonteur bei mir für Sie frei zu machen, wenn Sie in der Lage sind, Gleis- und Fuhrwerkswaagen, Langgewichts- und Viehwaagen, Dezimal- und Tafelwaagen sowie auch automatische Waagen zu reparieren und zur Eichung vorzuführen.

Der Lohn ist hier im Seekreis für gelernte Facharbeiter im Alter von 18-20 Jahren 0,61 Mk., über 20 bis 22 Jahre 0,69 Mk. Auf Montage mit täglicher Rückkehr nach Konstanz außerdem 0,10 Mk. Auslösung pro Stunde, die aber wegfällt, wenn Sie am auswärtigen Arbeitsort, wie fast durchweg nicht anders möglich, übernachten. In diesem Falle kommt eine Auslösung von 4 Mk. für den Arbeitstag in Frage. Bezahlt wird nur die tatsächlich geleistete Arbeit. Bahnzeit wird nicht vergütet...

Hierzu wird aus dem Konstanz geschriebenen, daß die Firma Schoene, moderner Waagenbau, dermaßen modern ist, daß sie überhaupt keine Werkstatt hat, sondern nur ein Büro. Das ist alles von dieser Waagenbauanstalt. Die Firma zieht den Tarif für den Seekreis an, vergütet aber, die dort festgesetzten Zulagen, die 2-25 Pf. die Stunde betragen. Die Firma wünscht nicht, daß einer ihrer Monteur nach Konstanz kommt, um nicht erkannt zu werden. Wenn ein Monteur, sagen wir 4 Stunden Bahnfahrt zur Montagestelle hat, so macht er die Bahnfahrt auf seine Kosten, die Firma zahlt nicht diese Zeit. Der Arbeiter hat dann für acht Stunden Tätigkeit Lohn für 4 Stunden oder einen Tagelohn von 2,44 Mk. Im weiteren zieht die Firma den Tarif der Industrie vor, nicht aber, was notwendig wäre, den der Schlosser, der 1,15 Mk. die Stunde vorsieht.

Die Firma für modernen Waagenbau repariert nur Waagen eines Werks, das in der Schweiz seinen Sitz hat. Dessen Werk könnte es günstig ergeben, wenn es den einheimischen, den schweizerischen Arbeitern solche Bedingungen zu bieten sich erdreiste, wie es die deutsche Firma Schoene in Konstanz tut. Um den Ruf zu wahren, läßt das schweizerische Werk eine deutsche Firma gegen deutsche Arbeiter ins Geschäft gehen. Das profitliche Geschäft wird, wie Figuren zeigt, nach Strich und Faden besorgt. Die Arbeiter werden, das sind wir gewiß, den Herrn Schoene und seinen modernen Waagenbau richtig hochachten.

Die Stücke der Revolution bedacht in ihrer Begleitungs, diesen unmittellbaren Vertrauen der Idee in ihre eigene Kraft und Unerschlichkeit. Aber die Begleitungs ist — als diese unmittelbare Gewißheit von der Allmacht der Idee — zunächst ein abstraktes Hinweggehen über die endlichen Mittel zur wirklichen Ausführung und über die Schwierigkeiten der realen Verwirklichung. Die Begleitungs auf sich selbst auf die reale Verwirklichung und in eine Operation mit den endlichen Mitteln einlassen, um in der endlichen Wirklichkeit ihre Zwecke zu erreichen. Sie scheint somit in ihrem Schwanken für das Was? (den Zweck) die reelle Seite der Wie?, der Verwirklichung, zu übersehen. (Ferdinand Lassalle: Franz von Sickingen.)

Eine Hundstagskomödie

Die Wirtschaftspartei, die jetzt wohl auch wie die andern bürgerlichen Parteien unter der Arbeiterschaft auf Stimmenfang ausgeht, hat einen gesetzgeberischen Vorschlag gemacht, den man getrost als Hundstagskomödie bezeichnen kann. Es ist der Antrag 2159, der am 5. Juli auf der Tagesordnung des Reichstags stand. Er wurde aber abgesetzt, weil Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Ueberweisung an den Ausschuß ohne Besprechung protestierten.

Der Antrag will, so lesen wir in dem Blatte des Bergarbeiterverbandes, die Einführung der Arbeitsdienstpflicht für alle Deutschen vom 17. bis 25. Lebensjahr. Dieser „Ehrendienst und Dienst für Volk und Reich“ soll bei einer Entlohnung von 40 Pf. den Tag ein Jahr oder zweimal ein halbes Jahr dauern. Den Nationalsozialisten, die 1928 einen ähnlichen Antrag stellten, geht es dabei um verkappte militärische Betätigung, womit wir uns hier nicht weiter beschäftigen wollen.

Wir empfinden den Antrag zunächst als eine empörende Beleidigung der breiten Masse von Jugendlichen und Arbeitslosen, die ganz allgemein als faul und arbeitslos hingestellt werden. Anders kann man es nicht auffassen, wenn der Antrag sagt:

„Die Arbeitsdienstpflicht soll die deutsche Jugend zur freiwilligen Unterordnung gegenüber dem Wohl der Allgemeinheit zur Arbeit und Pflichterfüllung erziehen.“

Haben diese Leute eine Ahnung von der seelischen Qual und Verzweiflung der Eltern und der Jugendlichen, die sich Monate und Jahre vergeblich um eine Arbeitsstelle bemühen?

Es ist selbstverständlicher Wunsch, daß möglichst viele Arbeitslose wieder „in den Produktionsprozeß“ eingeschaltet werden. Ein Universalmittel dafür gibt es leider nicht, aber viele Mittel könnten zusammenwirken, auf diesem Wege wenigstens vorwärts zu kommen: Wenn wir Senkung der Kartellpreise fordern, Ausschaltung unnötigen Zwischenhandels, wirksame Preiskontrolle, so wütet dagegen niemand mehr als die Wirtschaftspartei. Als es gelungen war, in das Brotgesetz eine Bestimmung einzuschalten, daß Brot, wie das in vielen Gegenden Deutschlands üblich ist, nur nach Gewicht verkauft werden darf, stimmten die Wirtschaftspartei wie die Nazis geschlossen dagegen! Wenn wir Reallöhne für die Arbeitnehmer fordern, welche die Inlandskraft erhöhen, wenn wir für eine Handelspolitik eintreten, welche unsere Ausfuhr zu steigern geeignet ist, finden wir als unsere Gegner die Wirtschaftspartei, die sich von kurzichtigster Interessenpolitik leiten läßt.

Wenn sich die Wirtschaftspartei die Arbeitsdienstpflicht als ein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit denkt, so ist sie Kurpfuscherin im schlimmsten Sinne des Wortes: Beschäftigte man eine Arbeitsarmee von vielleicht 1/4, 1 bis

1 1/2 Million mit Arbeiten, die heute schon verrichtet werden, so würde man Arbeitslose an die Stelle anderer Arbeiter setzen. Wollte man sie mit zusätzlicher produktiver Arbeit beschäftigen (Oedlandkultivierung, Kanal-, Straßenbau usw.), wie es der Wirtschaftspartei vorzuschweben scheint, so wäre die ganze Frage ein Kapitalkapitalproblem. Arbeitsausrüstung, Kleidung, Wohnung und Verpflegung für eine Millionennahme würden Milliarden erfordern in einer Zeit, in der die Wirtschaftsbetriebe am meisten über Steuerdrückjammern, in der man um ein paar Hundert- oder Dutzend Millionen in Regierung und Finanzminister stürzt! Damit ist wohl genügend die Phrase in dem Antrag gekennzeichnet: „Sie soll neue Arbeitsmöglichkeiten erschließen, die das Recht aller Deutschen auf Arbeit verwirklichen läßt, und dazu beitragen, die Reparationslasten abzudecken.“

In seinem letzten Teil scheint dieser Satz ungefähr so gescheit wie Hugenbergs Reparationsabgabe! Einzelne Bestimmungen des Antrages sind ebenso konfus wie das Ganze. So soll gnädigst derjenige von der Arbeitsdienstpflicht vorläufig befreit werden, wenn durch die Erfüllung eine wirtschaftliche Existenz vernichtet oder wesentlich beeinträchtigt würde. In einem anderen Paragraphen heißt es: „Die Einberufung zum Arbeitsdienst löst bestehende Arbeitsverträge ohne Anspruch auf Entschädigung.“

Die Mittelständler sollen natürlich nicht leiden, für sich fordern sie Freiheit, für Millionen andere Zwang! Selbstverständlich haben sich die Wirtschaftsparteiler auch über die Führung dieser einheitlich gekleideten Arbeitsarmee den Kopf zerbrochen. Das Führerpersonal soll aus Beamten des Reichs, der Länder und Gemeinden bestehen, die sich für den Dienst eignen und Wartegeldempfänger sind. Heeresangehörige, die nach einwandfreier Ableistung ihrer Dienstzeit entlassen sind, werden bevorzugt.

Wieviel von diesen Leuten mögen sich wohl für die Leistung produktiver Arbeit eignen? Das ist den Wirtschaftsparteilern aber wohl nicht die Hauptsache, sondern die Unterbringung aller Heeresangehörigen!

Man mag sich dies Hundstagsprodukt ansehen wie man will, man kommt nur zu dem Ergebnis: Wirtschaftspartei, dein Wesen ist Wirtschaftsunsinn! Man darf aber den Antrag nicht leicht nehmen, weil auch bürgerliche Kreise über die Wirtschaftspartei hinaus mit diesem Gedanken liebängeln. In der „Bergwerks-Zeitung“ vom 15. Juli spricht sich Prof. Hoffmann für den Gedanken aus. Er möchte eine enge Verbindung mit dem Erwerbslosenproblem, d. h. Zwangsarbeit für Erwerbslose. Er ist begeistert von dem Beispiel Bulgariens, wo man eine solche Dienstpflicht hat (mit Loskaufmöglichkeit, also nur für die Armen!), und wo man es sogar so weit gebracht hat, daß der Staat aus dieser Dienstpflicht eine Einnahmequelle gemacht hat!

Vor dem Spruchausschuß eines Arbeitsamts

Punkt 3 Uhr wird die Tür zum Sitzungszimmer aufgemacht, eine Anzahl Leute strömen herein, die Einspruch gegen die Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamts erhoben haben. Man sieht darunter abgeklärte Gestalten, denen die Not aus den Gesichtszügen zu lesen ist, männliche wie weibliche mit und ohne Hut. Alle haben die Hoffnung, daß der Spruchausschuß ihnen Recht gebe, aber zum größten Teil werden sie enttäuscht, da der Spruchausschuß über die gesetzlichen Bestimmungen nicht hinausgehen kann. Wohl gibt es Fälle, wo der Angestellte des Arbeitsamts bei besserer Sorgfalt und Prüfung der Anträge einen Einspruch vermeiden würde. Der Spruchausschuß gibt in solchen Fällen meistens recht, doch liegt ein Teil Schuld mit an den Arbeitslosen selbst, da bei strittigen Sachen vorher nicht genügend aufgeklärt wurde oder nicht genügende Arbeitsbescheinigungen beigebracht waren.

Für eine Vertretung mit ordnungsgemäßer Vollmacht müßte eigentlich jeder sorgen, dazu sind ja die gewerkschaftlichen Organisationen da. Die Organisationsvertreter wissen über die gesetzlichen Bestimmungen, Verordnungen und Entscheidungen des Spruchamts Bescheid, von denen der Laie keine Ahnung haben kann. Wie oft muß man erleben, daß auf Grund einer neuen Entscheidung der Einspruch erfolglos ist und es ist schade um die Zeit, die damit verdröht wird. Damit soll nicht gesagt sein, daß alle Einsprüche erfolglos seien, aber darüber können die Gewerkschaftssekretäre Aufschluß geben.

Es soll auch jeder Nebenverdienst angegeben werden, denn es gibt immer liebe Freunde und getreue Nachbarn, die ihn durch einen Brief anzeigen. Denunziantenpack gibt es wohl überall, deshalb gleich selbst angeben, um sich vor Bestrafung zu schützen.

Weiter ist darauf zu achten, daß die Arbeitsbescheinigungen ordnungsgemäß ausgestellt sind; vor allen Dingen den wahren Grund der Entlassung angeben. Das Arbeitsamt macht Schwierigkeiten, wenn wegen anstandslosen Fehlens oder Bannmeidei im Betrieb oder Unachtsamkeit die Entlassung ausgesprochen wurde. Das sind nach der Gewerbeordnung keine Entlassungsgründe. Aber das Arbeitsamt verhängt in solchen Fällen eine Sperfrist, die sich sehr unangenehm auswirkt, und es bedarf aller Ueberredungskunst des Gewerkschaftssekretärs, die meistens berechtigten Gründe der Arbeitslosen anzuhören. Auch bei Frauen, die vor einer Geburt stehen und sich verheiraten wollen, wird meistens auf die Arbeitsbescheinigung gedrungen: „Wegen Verheiratung (oder Krankheit) auf eigenen Wunsch entlassen.“ Das ist ganz bestimmt verkehrt. Die Arbeiterinnen müssen erklären, daß sie nur die Arbeit unterbrechen wollten. Es ist hart, wenn in solchen Fällen die Unterstützung entzogen wird. Hier muß der Arbeitsschutzsitzler aufpassen und dagegen stimmen, damit Einspruch bei der nächsten Instanz erhoben werden kann.

Es kommen auch Fälle vor, wo einem Arbeitslosen die Unterstützung nicht gewährt wird, weil er einen Nebenverdienst durch Besitz eines Hauses nicht hat. Solche Einsprüche sind meistens erfolglos, auch wenn das Geschäft auf den Namen der Frau geht und den Mann mit ernährt. Es wird dies als ein Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung angesehen, wogegen sich nichts einwenden läßt.

Nur zur Andeutung von Feriengeld. Hier ist der Standpunkt des Spruchamts nicht zu verstehen, trotzdem das Reichsarbeitsgericht und der Spruchrat der AVG. einen anderen Standpunkt einnehmen. Ein Glück war, daß der Arbeitsschutzsitzler dagegen stimmte, so daß weiterer Einspruch erhoben werden konnte. Anderswärts richtet sich der Spruchausschuß nach der Entscheidung eines Arbeitsgerichts.

Die meisten Streitfälle betrafen den Entzug der Krisenunterstützung. In unserm Landesarbeitsbezirk (Mitteldeutschland) sind laut Verfügung des Landesarbeitsamtspräsidenten diejenigen, die 21 bis 30 Jahre alt sind und keinen eigenen Haushalt haben, von der Krisenfürsorge ausgeschlossen. Dies wirkt sich geradezu katastrophal aus, zumal in einer Zeit, wo die Wohlfahrtsämter sowieso stark belastet sind.

Ein Arbeitsloser hat Einspruch gegen die Entziehung der Krisenunterstützung erhoben. Die höheren Instanzen werden zu entscheiden haben, ob der Präsident des Landesarbeitsamts seine Befugnisse nicht überschritten hat. Es empfiehlt sich daher, in allen solchen Fällen Vertagung zu beantragen, bis die Entscheidung des Spruchamts vorliegt. Andere Fälle betreffen ältere Leute, die keine Unterstützung mehr erhalten, weil sie nach dem Gutachten des Vertrauensarztes im Sinne des § 88 des AVAVG. nicht mehr arbeitsfähig sind. Auch dagegen läßt sich nichts machen. In einem Fall wurde Anspruch auf Invalidenrente auf Grund eines Gutachtens erhoben, da der Kläger erst 45 Jahre alt war. Der Gewerkschaftsvertreter beantragte eine Abschrift dieses Gutachtens, was ihm auch zugesichert wurde.

Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß der soziale Gedanke des Arbeitslosenversicherungsgesetzes stark in den Hintergrund gedrängt wird, alles wird buchstabengemäß entschieden, und das dürfte wohl der Wille des Gesetzgebers nicht gewesen sein. Elka.

Auch ein Geburtstag

Gestern hatte ich Geburtstag. Recht feierlich und web wurde mir zumute. Mit keinem Gedanken dachte ich daran, ich wußte es nicht einmal vorher, nur ein Zufall hat mich daran denken lassen. Ein Blick auf meine Stempelparte, dieses wichtige Dokument jedes Arbeitslosen, brachte mir den Beweis, daß ich Geburtstag hatte und nun ein Jahr, ein volles 365 Tage langes Jahr, arbeitslos bin.

Niemand beglückwünschte mich, wie es sonst bei Wiegenfesten üblich ist; niemand brachte Geschenke, die doch jedem Geburtstagskinde große Freude machen. — Doch ich will nicht lügen: Der Staat gab mir ein Geschenk an diesem denkwürdigen Tage, nämlich 14,63 Mk., die Unterstützungssumme, die gerade auf meinen Tag der „Freude“ und dem Geburtstag eines großen Elends fällig war. Meine Gedanken waren die eines geschlagenen Hundes.

Nun ist ein Jahr der Hoffnung auf Arbeit vergangen, ein neues liegt vor mir. Wie wird es werden? Was für Not und Elend birgt es in sich? Werde ich nachträglich das große Geburtstagsgeschenk — Arbeit — bekommen?

Diesen Wunsch hat bestimmt jeder, der im Stempeln das „Einhjährige“ absolviert hat. Aber ich will nicht hadern mit meinem Schicksal, denn ich bin nicht allein Stammgast in den Gängen des Arbeitsamtes. Tausende Leidensgenossen sehen ich mit mir ihr „Geschenk“ abholen. Auch sind viele freundlicher zu mir. Mir schien es wenigstens so, als ob sie ahnten, daß ich Geburtstag habe, und an Tagen der „Freude“ soll man doch keinen Menschen kränken. — Immerhin ein trüber Tag, der zugleich ein Lebensjahr und ein Jahr der Arbeitslosigkeit abschließt — und beginnt!